



Frank Bandau, Malte Lübker, Thomas Rixen

Was ist uns der Wohlfahrtsstaat wert?

Einstellungen zur Finanzierung
und politische Handlungsoptionen

gute gesellschaft –
soziale demokratie
#2017plus

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

gute gesellschaft – soziale demokratie #2017 plus

EIN PROJEKT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG
IN DEN JAHREN 2015 BIS 2017

Was macht eine Gute Gesellschaft aus? Wir verstehen darunter soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, eine innovative und erfolgreiche Wirtschaft und eine Demokratie, an der die Bürger_innen aktiv mitwirken. Diese Gesellschaft wird getragen von den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir brauchen neue Ideen und Konzepte, um die Gute Gesellschaft nicht zur Utopie werden zu lassen. Deswegen entwickelt die Friedrich-Ebert-Stiftung konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik der kommenden Jahre. Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Debatte um Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität;
- Demokratie und demokratische Teilhabe;
- neues Wachstum und gestaltende Wirtschafts- und Finanzpolitik;
- Gute Arbeit und sozialer Fortschritt.

Eine Gute Gesellschaft entsteht nicht von selbst, sie muss kontinuierlich unter Mitwirkung von uns allen gestaltet werden. Für dieses Projekt nutzt die Friedrich-Ebert-Stiftung ihr weltweites Netzwerk, um die deutsche, europäische und internationale Perspektive miteinander zu verbinden. In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen in den Jahren 2015 bis 2017 wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen, um die Gute Gesellschaft zukunftsfähig zu machen.

Weitere Informationen zum Projekt erhalten Sie hier:

www.fes-2017plus.de

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Über die Autoren dieser Ausgabe

Dr. Frank Bandau ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und forscht zum Einfluss von Parteien auf wohlfahrtsstaatliche Reformprozesse.

Malte Lübker ist Diplom-Politikwissenschaftler und promoviert derzeit an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg zur Umverteilung von Einkommen durch den Wohlfahrtsstaat.

Dr. Thomas Rixen ist Professor für Politikwissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, sein Forschungsgebiet ist die Vergleichende und Internationale Politische Ökonomie.

Für diese Publikation sind in der FES verantwortlich

Max Ostermayer hat im Rahmen des Projekts „Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie #2017plus“ den Themenbereich „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ betreut.

Thomas Absmayr ist Trainee in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Frank Bandau, Malte Lübker, Thomas Rixen

Was ist uns der Wohlfahrtsstaat wert?

Einstellungen zur Finanzierung
und politische Handlungsoptionen

2	VORWORT
5	ZUSAMMENFASSUNG
6	1 EINLEITUNG
7	2 DIE EINSTELLUNGEN DER BEVÖLKERUNG
7	2.1 Die Zustimmung zu den Finanzierungsoptionen im Überblick
7	2.2 Struktur der Einstellungen
9	3 ERKLÄRUNG DER FINANZIERUNGSPRÄFERENZEN
9	3.1 Sozioökonomische und soziodemografische Merkmale
10	3.2 Politische Erklärungsfaktoren
12	3.3 Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat
13	4 INTERPRETATION DER ERGEBNISSE
13	4.1 Einordnung der empirischen Befunde
14	4.2 Politische Implikationen
16	5 POLITISCHE HANDLUNGSOPTIONEN
16	5.1 „Framing“: Der Wohlfahrtsstaat als Garant für Gleichheit
17	5.2 Spielräume für einen zukunftsfesten Wohlfahrtsstaat schaffen
17	5.2.1 Gerechte Finanzierung des Wohlfahrtsstaates langfristig sichern
18	5.2.2 Regulatorische Sozialpolitik
20	6 FAZIT
22	A ANHANG: Anmerkungen zur Datengrundlage und den statistischen Methoden
25	B ANHANG: Detaillierte Ergebnisse der Regressionsanalysen zur Erklärung von Unterschieden in den Einstellungen zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates
30	Tabellen- und Abbildungsverzeichnis
31	Literaturverzeichnis

VORWORT

Die Menschen in Deutschland wollen einen starken Wohlfahrtsstaat – vor allem in einer Zeit weltweiter wirtschaftlicher Turbulenzen und steigender Ungleichheit. Eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zur Zukunft des Wohlfahrtsstaates, die TNS Infratest im Jahr 2015 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) realisierte, beleuchtet zahlreiche Facetten dieses Befunds: 82 Prozent der Befragten halten das Ausmaß der sozialen Ungleichheit in Deutschland für zu groß; fast zwei Drittel sind der Ansicht, dass sie die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland bedroht.

Die Ergebnisse der Erhebung, die im Rahmen des FES-Projektes „Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie #2017plus“ in diversen Publikationen veröffentlicht wurden, untermauern: Eine deutliche Mehrheit der Bürger_innen plädiert dafür, staatliche Leistungen in sämtlichen wohlfahrtsstaatlichen Handlungsfeldern zu stabilisieren und auszubauen – sei es bei den Sozialversicherungen oder in der Kinderbetreuung, im Bildungssektor oder in puncto Rente und Pflege.

Die Krux: Die Bereitschaft, entsprechende Reformanstrengungen über höhere Steuern und Abgaben zu finanzieren, fällt vergleichsweise gering aus. Stärkere Belastungen von Arbeitnehmer_innen oder Kürzungen von Sozialausgaben zur Gegenfinanzierung sind unpopulär; mehrheitsfähig ist lediglich eine höhere Besteuerung von Unternehmen und Vermögen. Die Finanzierung bildet somit die Achillesferse jeglicher Reformpolitik, die auf eine Stärkung des Wohlfahrtsstaates abzielt.

Dieses Finanzierungsdilemma wirft die Frage auf: Welche Faktoren beeinflussen die Einstellungen der Bürger_innen gegenüber bestimmten Finanzierungsoptionen? Und, daran anknüpfend: Welche finanz- und steuerpolitischen Handlungsoptionen lassen sich aus der Beantwortung dieser Frage ableiten?

Vor diesem Hintergrund analysiert die vorliegende Kurzexpertise den Einfluss sozioökonomischer und soziodemografischer Charakteristika ebenso wie politische Positionierungen und wohlfahrtsstaatliche Zielvorstellungen. Im Fokus stehen dabei nicht ausgabenseitige Betrachtungen, sondern dem Finanzierungsdilemma zugrunde liegende Faktoren und Einstellungen.¹

Die Ergebnisse zeigen mit methodischer Klarheit: Nicht soziodemografische und sozioökonomische Merkmale, nicht

das ökonomische Eigeninteresse der oder des Einzelnen prägen Finanzierungspräferenzen. Ausschlaggebend sind vielmehr (politische) Wertvorstellungen der Bürger_innen, die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Ungleichheit und die grundsätzliche Einstellung zum Wohlfahrtsstaat.

Dieser Befund ist erstens überraschend, zumal er im Widerspruch zu grundlegenden Annahmen des neoklassischen Mainstreams in der Ökonomie steht. Zweitens stimmt er zuversichtlich, dass das Finanzierungsdilemma des Wohlfahrtsstaates überwunden werden kann – auch und vor allem weil er, drittens, erhebliche Anknüpfungspunkte für eine an den Grundwerten der Sozialen Demokratie orientierte Politik liefert, etwa im Bereich progressiver Steuerreformen.

Zu der für die Zukunft unseres Wohlfahrtsstaates zentralen Finanzierungsdebatte möchte die vorliegende Publikation einen Beitrag leisten. Denn ein effizienter, innovativer und solide finanzierter – kurzum: leistungsfähiger – Wohlfahrtsstaat ist notwendig. Wirtschaftlich und gesellschaftlich.

Wir danken dem Autorenteam und wünschen Ihnen, liebe Leser_innen, eine interessante Lektüre!

MAX OSTERMAYER

Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik
Friedrich-Ebert-Stiftung

THOMAS ABSMAYR

Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik
Friedrich-Ebert-Stiftung

RENÉ BORMANN

Leiter des Arbeitsbereiches Steuerpolitik
Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik
Friedrich-Ebert-Stiftung

SEVERIN SCHMIDT

Leiter des Gesprächskreises Sozialpolitik
Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik
Friedrich-Ebert-Stiftung

1 Die Analyse dieser Faktoren und Einstellungen ist ein bisher vergleichsweise wenig bearbeitetes, für die Wohlfahrtsstaatsforschung jedoch zentrales Gebiet. Den Ausgabenaspekt beziehungsweise die Handlungsfelder für effektive und effiziente Mittelverwendung beleuchtete die FES überdies bereits in zahlreichen Beiträgen im Rahmen des Projektes „Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie #2017plus“. Die vorliegende Expertise liefert vor diesem Hintergrund eine wertvolle Ergänzung zu einem Narrativ, das die Einnahmen- mit der Ausgabenseite zielorientiert koppelt.

ZUSAMMENFASSUNG

In Zeiten latenter ökonomischer Unsicherheit und steigender sozialer Ungleichheit ist ein leistungsfähiger Wohlfahrtsstaat wichtiger denn je. Diese Einschätzung wird von einem Großteil der deutschen Bevölkerung geteilt. So plädiert eine deutliche Mehrheit der Bürger_innen für den Beibehalt oder den Ausbau staatlicher Leistungen in allen relevanten wohlfahrtsstaatlichen Handlungsfeldern, von der Kinderbetreuung bis zur Pflege. Gleichzeitig stoßen die meisten Vorschläge zur Finanzierung einer solchen Politik bei den Bürger_innen jedoch auf Ablehnung. Die zentrale Herausforderung für jede an Erhalt und Stärkung des Wohlfahrtsstaates interessierte Politik liegt somit auf der Einnahmenseite.

Die vorliegende Expertise widmet sich diesem Finanzierungsdilemma und möglichen politischen Handlungsoptionen. Im Zentrum steht die bisher vernachlässigte Frage, welche Faktoren die Finanzierungspräferenzen der Bürger_innen prägen. Die Beantwortung dieser Frage erfolgt auf Basis der statistischen Auswertung der Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung von TNS Infratest aus dem Dezember 2015, in deren Rahmen die Zustimmung zu verschiedenen Finanzierungsoptionen abgefragt wurde. In knapper Form lautet das zentrale Ergebnis der Untersuchung, dass nicht, wie häufig vermutet, in erster Linie das materielle Eigeninteresse, sondern vielmehr die Wertvorstellungen der Bürger_innen deren Finanzierungspräferenzen prägen. Damit liefert die Studie eine wertvolle Ergänzung zur bisherigen Forschung, die für die Ausgabenseite zu ähnlichen Ergebnissen gelangt.

Konkret lassen sich die zentralen Befunde der Analyse in vier Punkten zusammenfassen:

- (1) Ein Überblick über die Umfrageergebnisse zeigt, dass momentan nur zwei Finanzierungsvorschläge, nämlich eine stärkere Besteuerung von Unternehmen und vor allem von Vermögen, gesellschaftliche Mehrheiten finden. Andere, beträchtliche Zusatzeinnahmen versprechende Vorschläge wie eine Erhöhung der Einkommensteuer oder der Sozialbeiträge werden dagegen von einer deutlichen Mehrheit abgelehnt.
- (2) Sozioökonomische Merkmale und materielle Eigeninteressen haben keinen prägenden Einfluss auf die Finanzierungspräferenzen. So hat insbesondere das Haushaltseinkommen keinen eigenständigen Einfluss auf die generelle Zustimmung zu Einnahmeerhöhungen und die Präferenz, ob Arbeit oder

Kapital besteuert werden soll, um die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates zu gewährleisten.

- (3) Im Gegensatz dazu weisen die Wertorientierungen der Bürger_innen eine hohe Erklärungskraft auf. Von zentraler Bedeutung sind dabei die Wahrnehmung und Beurteilung von sozialer Ungleichheit sowie die grundsätzlichen Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat. Mit wachsender Unzufriedenheit über die soziale Ungleichheit erhöht sich die Zahlungsbereitschaft und die Zustimmung zu einer stärkeren Besteuerung der Kapitaleseite.
- (4) Auch die politische Selbstverortung und die Parteiidentifikation der Bürger_innen erweisen sich als aussagekräftig. Die Ergebnisse decken sich dabei weitgehend mit der programmatischen Ausrichtung der Parteien, wobei eine stärkere Belastung von Vermögen und Kapital auch von vielen Wähler_innen der bürgerlichen Parteien befürwortet wird.

Für die Überwindung des wohlfahrtsstaatlichen Finanzierungsdilemmas ergeben sich aus diesen Befunden mehrere, miteinander verknüpfbare Handlungsoptionen für die Politik.

- (1) In der politischen Auseinandersetzung gilt es zu betonen, dass angestrebte Einnahmenerhöhungen zur Verringerung der Ungleichheit beitragen. Anders ausgedrückt: Alle konkreten Reformvorschläge sollten in ein übergeordnetes Ungleichheitsnarrativ eingebettet werden, um ausreichend gesellschaftliche Unterstützung für den Wohlfahrtsstaat und seine Finanzierung zu generieren.
- (2) Konkrete Finanzierungsvorschläge sollten dementsprechend im Einklang mit dem übergeordneten Narrativ der Ungleichheitsbekämpfung stehen. Dies spricht zum einen für eine stärkere Finanzierung über Steuerarten wie die Vermögensteuer oder Unternehmensteuer und zum anderen für eine progressivere Ausgestaltung der Einkommensteuer und der Sozialversicherungsbeiträge.
- (3) Die insgesamt eher gering ausgeprägte Zahlungsbereitschaft der Bevölkerung spricht schließlich dafür, die genannten Maßnahmen durch eine regulatorische Sozialpolitik zu flankieren, z. B. über einen armutsfesten Mindestlohn. Eine derartige Politik trägt zur sozialen Sicherung der Bürger_innen bei, ohne zwangsläufig den Finanzierungsbedarf des Sozialstaates zu erhöhen.

1

EINLEITUNG

Die Kernaufgaben des Wohlfahrtsstaates bestehen in der sozialen Sicherung seiner Bürger_innen, der Gewährleistung ihrer gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten sowie – politisch durchaus umstrittener – in der Abschwächung der durch den Markt verursachten Ungleichheiten. In Zeiten latenter ökonomischer Unsicherheit und steigender sozialer Ungleichheit ist ein leistungsfähiger Wohlfahrtsstaat daher wichtiger denn je. Diese Einschätzung wird von einer überragenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung geteilt, wie die Befunde einer von TNS Infratest im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) durchgeführten repräsentativen Umfrage belegen. So plädiert eine deutliche Mehrheit der Bürger_innen für den Beibehalt oder den Ausbau staatlicher Leistungen in allen relevanten wohlfahrtsstaatlichen Handlungsfeldern, von der Kinderbetreuung bis zu Rente und Pflege (Heinrich et al. 2016: 21–26). Gleichzeitig – und hier liegt das politische Dilemma – stoßen die meisten Vorschläge zur Finanzierung einer solchen Politik bei den Bürger_innen jedoch eher auf Ablehnung. Die zentrale Herausforderung für jede an Erhalt und Stärkung des Wohlfahrtsstaates interessierte Politik liegt somit auf der Einnahmenseite.

Angesichts dieses Dilemmas ist es das Ziel der vorliegenden Kurzexponente, die Präferenzen der Bürger_innen zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates genauer zu beleuchten und in einen breiteren wissenschaftlichen Kontext einzuordnen, um schließlich mögliche Reformstrategien und politische Handlungsoptionen aufzuzeigen. Eine erste Auswertung der Umfragedaten von Heinrich et al. (2016) hat bereits offengelegt, dass von den genannten Einnahmequellen derzeit nur die stärkere Besteuerung von Vermögen und Unternehmen eine Mehrheit in der Bevölkerung findet. Andere Finanzierungsvorschläge wie eine Anhebung der Einkommensteuer und der Sozialversicherungsbeiträge werden dagegen ebenso wie eine Kreditfinanzierung nur von einer Minderheit befürwortet. Während diese Befunde auf ernste Reformhindernisse hinweisen, ist aus reformpolitischer Sicht zusätzlich von großer Relevanz, wie sich verschiedene Bevölkerungsgruppen bei ihrer Beurteilung der einzelnen Finanzierungsoptionen unterscheiden. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, ob es eher das materielle Eigeninteresse oder politische und normative Überzeugungen sind, die die Zahlungsbereitschaft der Bür-

ger_innen prägen. Die Klärung dieser Frage macht es möglich, politische Ansatzpunkte für Reformen zu identifizieren, die dazu beitragen können, die Finanzierung des Sozialstaates zu sichern.

Die Bearbeitung der Forschungsfrage erfolgt in vier Schritten. Im ersten Schritt wird ein Überblick über die generelle Zustimmung der deutschen Bevölkerung zu den einzelnen Finanzierungsvorschlägen gegeben (Kapitel 2). Außerdem werden in diesem Teil der Kurzexponente tiefer liegende Einstellungen der Bürger_innen zur Finanzierung offengelegt, die die statistische Analyse erleichtern. Diese erfolgt im nächsten Schritt und hat zum Ziel, die Bestimmungsfaktoren für die Unterstützung der einzelnen Finanzierungsoptionen zu identifizieren (Kapitel 3). In diesem Kapitel geht es unter anderem darum zu klären, ob eher sozioökonomische und soziodemografische Merkmale oder aber politische und normative Überzeugungen die Zahlungsbereitschaft prägen. Der dritte Schritt besteht in der Interpretation der empirischen Befunde sowie der Darlegung der generellen Implikationen für politische Akteure, die sich einem solidarischen Wohlfahrtsstaat verpflichtet sehen (Kapitel 4). Darauf aufbauend werden im letzten Schritt politische Handlungsoptionen aufgezeigt, wobei insbesondere die diskursive Einbettung geeigneter Reformmaßnahmen thematisiert wird (Kapitel 5). Insgesamt zeigt sich, dass trotz der generell eher geringen Zahlungsbereitschaft der Bürger_innen durchaus vielversprechende Ansatzpunkte für eine progressive Reformpolitik bestehen.

2

DIE EINSTELLUNGEN DER BEVÖLKERUNG

Das zentrale Ziel dieser Studie besteht darin zu analysieren, inwiefern sozioökonomische und soziodemografische Merkmale, politische Positionierungen und wohlfahrtsstaatliche Zielvorstellungen die Einstellungen zu unterschiedlichen Finanzierungsoptionen beeinflussen. Bevor jedoch in einer differenzierten Betrachtung einzelne Bevölkerungsgruppen in den Blick genommen werden (Abschnitt 2.2), muss zunächst die Frage beantwortet werden, welche Vorschläge zur Sicherstellung der Finanzierung des Wohlfahrtsstaates in der Gesamtbevölkerung auf Unterstützung stoßen (Abschnitt 2.1).

2.1 DIE ZUSTIMMUNG ZU DEN FINANZIERUNGSOPTIONEN IM ÜBERBLICK

Die in der FES-Umfrage „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ Ende 2015 abgefragten Finanzierungsoptionen umfassen neben staatlicher Kreditfinanzierung und Leistungskürzungen verschiedene Vorschläge zur Erhöhung der Einnahmen über Steuer- und Beitragserhöhungen (siehe Abbildung 1). Die Ergebnisse verdeutlichen, dass der von vielen Bürger_innen geäußerte Wunsch nach einer Stärkung bestehender sozialstaatlicher Programme bzw. nach dem Ausbau sozialer Dienstleistungen wie der Kinderbetreuung in einem deutlichen Spannungsverhältnis zur Zahlungsbereitschaft steht. Mehrheiten existieren lediglich für eine stärkere Besteuerung von Vermögen (68,2 Prozent) sowie in geringerem Maße für eine Erhöhung der Unternehmensteuern (53,7 Prozent). Für eine Erhöhung der Erbschaftsteuer votiert dagegen mit 47,2 Prozent etwas weniger als die Hälfte der Bürger_innen. Deutlich niedriger fällt die Unterstützung von Maßnahmen aus, die zu einer stärkeren Belastung der Arbeitnehmer_innen führen würden. Während immerhin noch knapp ein Drittel (30,5 Prozent) eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge befürwortet, spricht sich nur ein Viertel (25,1 Prozent) für eine Erhöhung der Einkommensteuer aus. Auf noch geringere Zustimmung stoßen die beiden verbliebenen Vorschläge: Eine Finanzierung wohlfahrtsstaatlicher Programme über eine stärkere Kreditaufnahme des Staates wird nur von 19,6 Prozent der Bürger_innen befürwortet; für Kürzungen in den

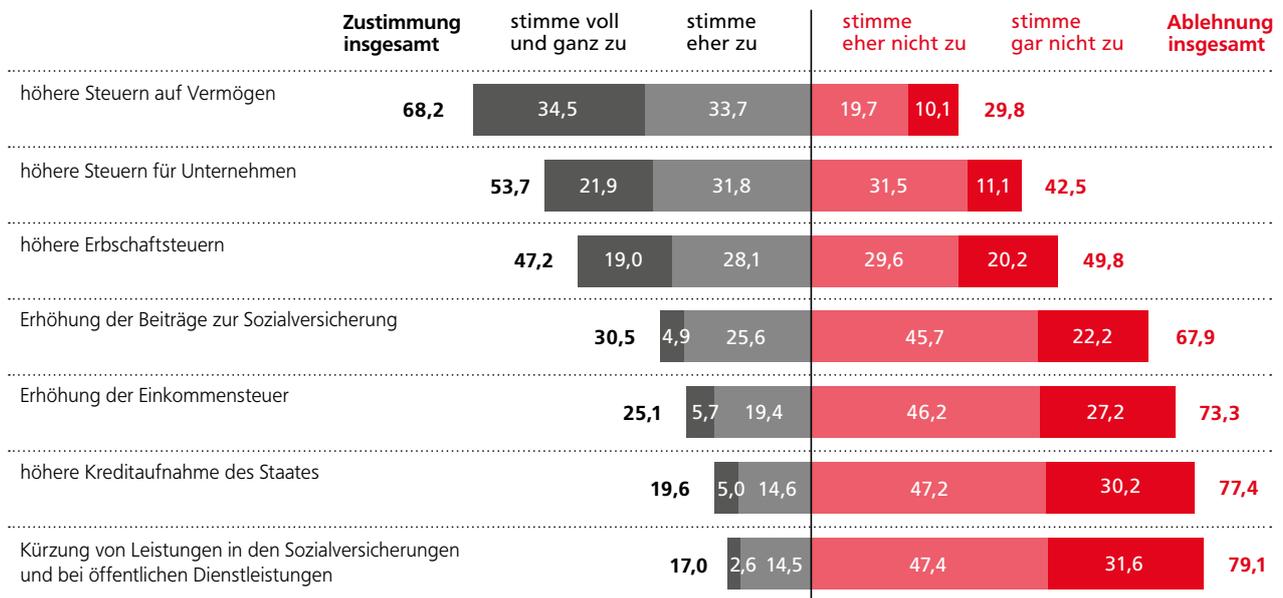
Sozialversicherungen und bei öffentlichen Dienstleistungen votiert ein noch kleinerer Teil der Befragten (17,0 Prozent).

Insgesamt zeigt sich also, dass vor allem eine höhere Belastung der oberen Einkommensgruppen über eine Anhebung von Vermögen- und Unternehmensteuern eine mehrheitliche Unterstützung der Bevölkerung findet. Steuer- und Beitragserhöhungen, die größere Personengruppen betreffen, sind dagegen unpopulär. Das Gleiche gilt für eine erhöhte Schuldenaufnahme, obwohl die langjährigen Zinskosten momentan auf einem historisch niedrigen Niveau liegen. Eine weitere Auswertung der Umfragedaten zeigt allerdings auch, dass eine knappe Mehrheit der Bürger_innen (50,9 Prozent, nicht tabellarisch ausgewiesen) bereit ist, die Politik der „schwarzen Null“ aufzugeben, wenn das Geld zweckgebunden für Bildung und Familien verwendet wird. Auch die geringe Zustimmung zu Leistungskürzungen muss dahingehend relativiert werden, dass mehr als zwei Drittel der Befragten (72,0 Prozent, nicht tabellarisch ausgewiesen) bereit wären, ein Einfrieren von Geldleistungen wie Kinder- oder Elterngeld zu akzeptieren, wenn die dadurch frei werdenden Mittel in öffentliche Dienstleistungen wie kostenfreie Kitas investiert würden (siehe auch Heinrich et al. 2016: 28 f.). Die politische Kopplung der einzelnen Finanzierungsvorschläge an den Erhalt oder Ausbau sozialstaatlicher Programme kann demnach für eine deutliche Erhöhung der gesellschaftlichen Akzeptanz sorgen.

2.2 STRUKTUR DER EINSTELLUNGEN

Auch wenn die Zustimmung zur Ausweitung der Finanzierung eher verhalten ausfällt, gibt es innerhalb der Bevölkerung dennoch deutliche Unterschiede bei der Bewertung der einzelnen Optionen. Sind Wahlberechtigte, die sich für eine Form der Finanzierung aussprechen, auch anderen Formen gegenüber aufgeschlossen? Basiert ihre Zustimmung zu den einzelnen Finanzierungsoptionen auf tiefer gehenden Einstellungen? Oder haben sie eindeutige Präferenzen für oder gegen eine stärkere Belastung von Arbeit und Kapital? Diese Fragen lassen sich durch eine Hauptkomponentenanalyse beantworten, mit der die Struktur der Einstellungen analysiert werden kann (siehe Anhang A, b). Die Ergebnisse zeigen, dass zwei Dimen-

Abbildung 1
Nur höhere Steuern auf Vermögen und für Unternehmen finden eine Mehrheit
 Zustimmung zu Finanzierungsoptionen in der Bevölkerung, in % aller Antworten



Frage: „Heute wird ja oft über Probleme bei der Finanzierung der sozialen Sicherung und öffentlicher Dienstleistungen diskutiert. Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Vorschläge, wie die Finanzierung der sozialen Sicherung in Zukunft sichergestellt werden könnte. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diesen Maßnahmen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.“

Anmerkung:
 Fehlende Werte zu 100 %:
 weiß nicht/keine Angabe.
 Grundgesamtheit:
 Wahlberechtigte ab 18 Jahren in Deutschland.

Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ (2015).

sionen die Befürwortung der unterschiedlichen Finanzierungsoptionen prägen: die generelle Zustimmung zur Ausweitung der Finanzierung des Wohlfahrtsstaates sowie die Frage, ob Arbeit oder Kapital belastet werden sollen.

(1) Wer die stärkere Erschließung einer Finanzierungsquelle unterstützt, ist auch den anderen Optionen gegenüber eher positiv eingestellt – mit der wichtigen Ausnahme von Leistungskürzungen. Der erste Faktor, der durch die Hauptkomponentenanalyse extrahiert werden kann, drückt damit die generelle Zustimmung zu einer Ausweitung des Wohlfahrtsstaates auf der Finanzierungsseite aus. Je höher der Wert ist, den Befragte auf dieser Dimension erreichen, desto eher sind sie also für die Erschließung der unterschiedlichen Einnahmequellen (insbesondere die Erhöhung von Einkommen-, Unternehmen-, Vermögen- und Erbschaftsteuern). Umgekehrt bewerten Wahlberechtigte mit negativen Werten den Ausbau der Finanzierung ablehnender. Die Skala ist dabei so konstruiert, dass Befragte mit dem Wert null in ihren Einschätzungen genau dem Durchschnitt der Stichprobe entsprechen. Positive und negative Werte geben damit die relative Position der oder des Einzelnen im Vergleich zu dieser Durchschnittswählerin bzw. diesem Durchschnittswähler an. Aus einem positiven Wert lässt sich deshalb noch nicht ableiten, dass eine Befragte oder ein Befragter sich tatsächlich auch für die Erhöhung von Steuern und Abgaben ausspricht.

(2) Neben der grundsätzlichen Haltung zu einer besseren Erschließung von Finanzierungsquellen für den Wohlfahrtsstaat unterscheiden sich die Wähler_innen zudem darin, ob sie sich eher für eine Belastung von Arbeit oder von Kapital aussprechen. Diese Unterschiede lassen sich auf einer zweiten Skala messen. Wer sich eher für höhere Beiträge zur Sozialversicherung und für Leistungskürzungen ausspricht – was beides in erster Linie Arbeitnehmer_innen betreffen würde –, ist tendenziell auch gegen Vermögensteuern und erhält einen negativen Wert auf dem zweiten Faktor. Im Gegenzug erhalten Befragte einen positiven Wert, wenn sie eine stärkere Belastung von Kapital eher befürworten als einen größeren Beitrag von Arbeitnehmer_innen durch Sozialversicherungsbeiträge oder Leistungskürzungen. Wieder gilt, dass die Werte der einzelnen Befragten nur über ihre relative Position im Vergleich zum Durchschnitt aller Befragten Aufschluss geben.

Für die statistische Analyse hat die Faktoranalyse einen großen Vorteil: Statt jede der Finanzierungsoptionen einzeln betrachten zu müssen, kann anhand der beiden genannten Dimensionen ermittelt werden, welche Merkmale einen prägenden Einfluss auf den Kern der Finanzierungspräferenzen der Bürger_innen haben.

3

ERKLÄRUNG DER FINANZIERUNGSPRÄFERENZEN

Kommen wir zur zentralen Frage dieser Kurzepertise: Wie beeinflussen Sozialstruktur und ideelle Faktoren die Einstellungen zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates? Was ist wichtiger, das materielle Eigeninteresse oder normative Überzeugungen? Um diese Frage beantworten zu können, ist es zunächst notwendig, sozioökonomische und soziodemografische Eigenschaften von Wertorientierungen zu trennen. Daher werden die abgefragten Merkmale zunächst in zwei Gruppen unterteilt, nämlich auf der einen Seite sozioökonomische und soziodemografische Faktoren wie Einkommen, Alter und Familienstand und auf der anderen Seite direkt oder indirekt geäußerte politische und wohlfahrtsstaatliche Präferenzen. Da es außerdem sinnvoll erscheint, zwischen allgemeinen politischen Einstellungen und konkreten Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat zu unterscheiden, ist die Darstellung der empirischen Befunde in drei Teile untergliedert: Zunächst wird die Erklärungskraft sozioökonomischer und soziodemografischer Merkmale behandelt (3.1), anschließend folgt die Analyse des Einflusses politischer Einstellungen (3.2) und wohlfahrtsstaatlicher Zielvorstellungen (3.3).

Zur korrekten Einordnung der empirischen Befunde sind zwei Vorbemerkungen hilfreich. Zum einen muss betont werden, dass die Analyse sich auf Erklärungen auf der Mikroebene beschränkt, da wir uns, anders als beispielsweise Kohl (2016), auf die Umfragedaten innerhalb eines einzigen Wohlfahrtsstaates (Deutschland) zu einem einzigen Zeitpunkt (Ende 2015) konzentrieren. Dadurch ist zwar einerseits eine differenzierte Analyse der genannten Merkmale auf der Individualebene möglich, andererseits lässt eine solche Untersuchung jedoch nur begrenzt Rückschlüsse auf wichtige Faktoren der Makroebene zu, beispielsweise über den Einfluss des Wohlfahrtsstaatstyps auf die Finanzierungsbereitschaft (siehe z. B. Korpi/Palme 1998). Die Datengrundlage ermöglicht es allerdings, in den folgenden Analysen Regressionsmodelle anzuwenden, mit denen eine Vielzahl von Einflussfaktoren gleichzeitig betrachtet werden kann. Dies hat gegenüber stärker deskriptiven Verfahren wie z. B. Kreuztabellen den Vorteil, dass der Einfluss einzelner Variablen statistisch isoliert wird. Wenn etwa Wähler_innen mit einem weiterführenden Schulabschluss auch über ein höheres Haus-

haltseinkommen verfügen, kann so ermittelt werden, welcher der beiden Einflüsse entscheidend ist.

Andererseits lässt sich auf diese Weise nur die relative und nicht die absolute Zustimmung zu Finanzierungsoptionen identifizieren (siehe auch Abschnitt 2.2). Es wird also beispielsweise nicht gemessen, ob die Anhänger_innen einer Partei bestimmte Finanzierungsoptionen mehrheitlich befürworten, sondern ob sie dies verglichen mit der Gesamtbevölkerung tun. Angesichts der insgesamt gering ausgeprägten Zahlungsbereitschaft der meisten Wähler_innen liefert eine derartige Betrachtung aussagekräftigere Ergebnisse hinsichtlich der Erklärungskraft der einzelnen Merkmale. Auf diesem Wege lassen sich somit wichtige Erkenntnisse darüber gewinnen, was letztlich die Zahlungsbereitschaft der Bürger_innen prägt und wo die Politik ansetzen kann, um diese zu erhöhen.

3.1 SOZIOÖKONOMISCHE UND SOZIODEMOGRAFISCHE MERKMALE

Im Rahmen der ersten multivariaten Analyse wurden fünf soziodemografische Merkmale (Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss, Familienstand, Kinder im Haushalt) und drei sozioökonomische Merkmale (Einkommen, Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage, subjektive Schichtzugehörigkeit) auf ihren Erklärungsgehalt geprüft. Im Folgenden werden die interessantesten Befunde der zugehörigen multivariaten Analyse präsentiert. Eine Tabelle mit den kompletten Ergebnissen zu den sieben Finanzierungsoptionen und den beiden in Abschnitt 2.2 ermittelten Faktoren findet sich in Anhang B in Tabelle A3.

Unter den fünf soziodemografischen Merkmalen weisen nur das Alter sowie der Bildungsabschluss der Befragten deutliche Effekte auf. So steigt mit zunehmendem Alter die Überzeugung, dass der Staat die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates über Einnahmeerhöhungen sicherstellen soll – und zwar insbesondere durch eine stärkere Belastung von Kapitaleinkommen. Dabei werden neben einer Erhöhung der Einkommensteuer, deren Verteilungswirkung von der konkreten Ausgestaltung der Reform abhängt, eine stärkere Besteuerung von Vermögen und Erbschaften befürwortet,

wohingegen höhere Sozialbeiträge und Leistungskürzungen mit zunehmendem Alter eher abgelehnt werden. Die finanzielle Abhängigkeit vieler älterer Menschen von der beitragsfinanzierten Rente liefert eine mögliche Erklärung für diesen Befund. Deutliche Effekte hat auch der Bildungsgrad der Befragten: So sind Wähler_innen mit Abitur eher für eine Ausweitung der Finanzierungsgrundlagen des Wohlfahrtsstaates und fordern insbesondere eine Belastung von Kapitaleinkommen durch höhere Vermögen- und Erbschaftsteuern; Leistungskürzungen lehnen sie hingegen ab. Die restlichen drei soziodemografischen Merkmale haben dagegen keine durchgängig signifikanten Effekte auf die Einstellungen zur Finanzierung. So gibt es keine wesentlichen Unterschiede zwischen Männern und Frauen und auch die Anwesenheit von Kindern im Haushalt beeinflusst die Haltung zu den Finanzierungsoptionen nicht.

Bei den sozioökonomischen Merkmalen fällt zunächst auf, dass die Höhe des Haushaltseinkommens, anders als womöglich erwartet, keine Erklärungskraft besitzt. Entscheidend ist hingegen die subjektive Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Verglichen mit Befragten, die ihre wirtschaftliche Lage für gut oder sehr gut halten, fordern Befragte, die sich in einer schlechten oder sehr schlechten Situation sehen, eine stärkere Belastung von Kapitaleinkommen und lehnen eine Erhöhung von Sozialversicherungsbeiträgen oder Leistungskürzungen ab. Hingegen sind Wähler_innen, die sich

selbst der Oberschicht oder der oberen Mittelschicht zuordnen, gegen eine stärkere Belastung von Kapitaleinkommen und sprechen sich für höhere Sozialversicherungsbeiträge aus.

Der insgesamt wohl erstaunlichste Befund ist, wie wenig aufschlussreich soziodemografische und sozioökonomische Merkmale insgesamt sind. Zusammen erklären alle acht der hier erfassten Attribute gerade einmal 2,5 Prozent der Varianz in der Zustimmung zu einer größeren Finanzausstattung des Wohlfahrtsstaates und nur 6,5 Prozent der Unterschiede in der präferierten Belastung von Kapital und Arbeit. Auch wenn Bildung, Alter und die Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Lage einen nachweisbaren Einfluss haben, determinieren sie die Zustimmung zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates nicht. Dies spricht gegen eine Polarisierung entlang soziodemografischer und sozioökonomischer Kategorien.

3.2 POLITISCHE ERKLÄRUNGSFAKTOREN

Im Vergleich dazu erweisen sich die politischen Variablen als deutlich aussagekräftiger: Politisches Interesse, die Selbstverortung auf dem Links-rechts-Spektrum und Parteipräferenzen erklären zusammen 15,6 Prozent der Varianz in der Zustimmung zu einer besseren Finanzausstattung und 7,8 Prozent in den Präferenzen für die Belastung von Arbeit und Kapital (siehe Tabelle A4 in Anhang B). Politisch Interessierte sind dabei

Abbildung 2
Einstellungen der Wähler_innen decken sich mit Programmatik der Parteien
 Standpunkte der Wähler_innen zu den Finanzierungsoptionen des Wohlfahrtsstaates (Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2013)



Anmerkung: Der Kreis in der Mitte der Abbildung gibt die durchschnittliche Position aller Wahlberechtigten wieder; die Logos der Parteien stellen die durchschnittliche Position der Wähler_innen einer Partei bei der Bundestagswahl 2013 dar.

Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ (2015).

eher für höhere Abgaben als Desinteressierte. Wähler_innen, die sich weiter rechts verorten, sind Steuererhöhungen gegenüber erwartungsgemäß skeptischer eingestellt und lehnen insbesondere höhere Unternehmen- und Vermögensteuern ab; sie befürworten stattdessen eher Leistungskürzungen. Aufschlussreich sind aber insbesondere die Ergebnisse, die sich auf die potenzielle Bereitschaft der Befragten beziehen, einer bestimmten Partei ihre Stimme zu geben. Die potenziellen Wähler_innen der SPD sind dabei eher als der Durchschnitt für höhere Steuern und Abgaben, insbesondere in Form von Unternehmen-, Vermögen- und Erbschaftsteuern, aber auch für höhere Einkommensteuern. Ähnliches gilt für die potenziellen Wähler_innen der Grünen und der Linkspartei – und das genaue Gegenteil für die Wählerklientel der FDP, die einer Ausweitung der Finanzierungsgrundlage des Wohlfahrtsstaates ablehnender gegenübersteht als die gesellschaftliche Mitte und sich insbesondere einer stärkeren Belastung des Kapitals entgegenstellt. Potenzielle Wähler_innen der FDP und der CDU (aber nicht der CSU) sind zudem eher für Leistungskürzungen und präferieren damit tendenziell Einschränkungen für Arbeitnehmer_innen.

Diese Befunde bestätigen sich im Wesentlichen, wenn statt des Wählerpotenzials die tatsächliche Wahlentscheidung bei der letzten Bundestagswahl angesetzt wird (die in der Umfrage getrennt von den Parteipräferenzen erhoben wurde) (siehe Abbildung 2). Auf Wählerebene verläuft der politische Kon-

flikt entlang der Extrempositionen von Wähler_innen der Linkspartei (Zustimmung zu besserer Finanzausstattung/Belastung von Vermögen und Unternehmer_innen) und FDP-Wähler_innen (Ablehnung einer besseren Finanzausstattung/Belastung von Arbeitnehmer_innen). Wähler_innen von SPD und Grünen sind höheren Steuern und Abgaben gegenüber deutlich offener eingestellt als der Durchschnitt aller Wähler_innen (und neigen eher zu einer Belastung von Vermögen und Kapital). Wähler_innen der Unionsparteien und insbesondere der AfD befürworten eher Leistungskürzungen und eine Belastung von Arbeitnehmer_innen. Diese Ergebnisse sind im Großen und Ganzen plausibel: Die Unterschiede im Wählerauftrag der einzelnen Parteien korrespondieren relativ gut mit den Unterschieden in der programmatischen Ausrichtung der Parteien. Allerdings ist an dieser Stelle in Erinnerung zu rufen, dass die Daten nur über relative Unterschiede zur Grundgesamtheit der Wähler_innen Aufschluss geben (die durch den Kreis in der Mitte der Abbildung 2 symbolisiert wird).

Da den absoluten Werten im Rahmen einer politischen Betrachtung ebenfalls eine wichtige Bedeutung zukommt, sind diese in Tabelle 1 zusammengefasst. An den absoluten Zahlen sind deutliche Unterschiede zwischen den Wähler_innen der einzelnen Parteien erkennbar. So sind Wähler_innen der FDP deutlich häufiger als die Gesamtbevölkerung für Leistungskürzungen (30,2 Prozent Zustimmung) und befürworten Erhöhungen der Einkommensteuer noch seltener als der Durchschnitt

Tabelle 1

Höhere Steuern auf Vermögen finden auch unter Unionswähler_innen eine Mehrheit

Zustimmung zu Finanzierungsoptionen nach Wahlentscheidung bei der letzten Bundestagswahl, in % der Wähler_innen einer Partei

	SPD	CDU/CSU	GRÜNE	FDP	Linke	AfD	Sonst.	Nichtwähler_innen	weiß nicht	Total
höhere Steuern auf Vermögen	78,8	59,5	85,1	46,9	88,5	39,0	78,0	63,7	64,7	68,2
höhere Steuern für Unternehmen	61,2	45,7	67,0	28,4	70,6	47,9	58,4	54,8	47,7	53,7
höhere Erbschaftsteuern	54,9	40,6	59,4	37,3	62,9	30,9	36,4	42,8	48,2	47,2
Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung	33,0	29,9	30,6	43,5	21,5	31,4	37,6	33,5	23,3	30,5
Erhöhung der Einkommensteuer	27,8	26,3	34,1	7,0	39,9	21,6	17,4	18,4	21,7	25,1
höhere Kreditaufnahme des Staates	25,2	18,4	16,1	14,0	29,7	28,7	39,4	17,6	10,1	19,6
Kürzung von Leistungen in den Sozialversicherungen und bei öffentlichen Dienstleistungen	12,6	23,0	11,9	30,2	6,5	20,6	5,7	19,2	14,4	17,0

Frage: „Heute wird ja oft über Probleme bei der Finanzierung der sozialen Sicherung und öffentlicher Dienstleistungen diskutiert. Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Vorschläge, wie die Finanzierung der sozialen Sicherung in Zukunft sichergestellt werden könnte. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diesen Maßnahmen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.“ Anmerkung: Zustimmung umfasst die beiden Antwortkategorien „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte ab 18 Jahren in Deutschland.

Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ (2015).

(nur 7,0 Prozent Zustimmung). Allerdings plädiert auch unter den SPD-Wähler_innen nur eine Minderheit für höhere Einkommensteuern (27,8 Prozent), während eine Erhöhung der Vermögensteuer auch unter den Wähler_innen der Unionsparteien auf mehrheitliche Zustimmung stößt (59,5 Prozent). Interessant ist zudem, dass sich große Gruppen der Nichtwähler_innen für höhere Steuern auf Vermögen (63,7 Prozent), Unternehmen (54,8 Prozent) und Erbschaften (42,8 Prozent) aussprechen.

3.3 EINSTELLUNGEN ZUM WOHLFAHRTSSTAAT

Ähnlich wie die politischen Variablen sind auch die Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat relativ erklärungsstark. Dies gilt sowohl für die Haltung zu den grundsätzlichen Zielen des Wohlfahrtsstaates (Tabelle A5 in Anhang B) als auch für die Einschätzung von einzelnen Mitteln und Problemfeldern (Tabelle A6). Überraschend eindeutig zeigt sich dabei, dass die Wahrnehmung und Beurteilung wachsender Einkommensunterschiede und damit verbundene Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat die Finanzierungsbereitschaft entscheidend prägen. Wähler_innen, die dem Staat eine Verantwortung dafür zuschreiben, Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich abzubauen, sind auch für eine bessere Finanzausstattung des Wohlfahrtsstaates. Gleiches gilt für diejenigen, die die sozialen Unterschiede in Deutschland für zu groß halten, darin eine Gefährdung der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung sehen und dem Wohlfahrtsstaat Erfolge bei der Umsetzung von größerer Gleichheit attestieren. Auch wer die Reduzierung von Einkommensunterschieden für eine künftige Schwerpunktaufgabe des Staates hält, ist eher bereit, höhere Abgaben und Steuern zu tragen. Tendenziell führen die gleichen Einstellungen auch zu der Forderung, insbesondere Kapitaleinkünfte stärker zu besteuern.

Umgekehrt lehnen insbesondere Anhänger_innen eines liberalen Wohlfahrtsstaates angelsächsischer Prägung – der dem Individuum größere Verantwortung zuweist und staatliche Leistungen auf Armutsvermeidung beschränkt (Esping-Andersen 1990) – eine bessere Finanzausstattung des Wohlfahrtsstaates ab und sprechen sich insbesondere gegen eine stärkere Belastung von Kapitaleinkommen aus (siehe Anhang A, c) für methodische Anmerkungen). Zielsetzungen aus dem Bereich der Familien-, Gesundheits- und Gleichstellungspolitik spielen hingegen nur eine untergeordnete Rolle; auch die Wahrnehmung der eigenen Absicherung durch den Wohlfahrtsstaat hat keinen entscheidenden Einfluss. Hier sind allenfalls einzelne Zusammenhänge erwähnenswert: Wähler_innen, die dem Staat Verantwortung für den Lebensstandard und die beruflichen Perspektiven von Arbeitslosen zuweisen, lehnen Leistungskürzungen eher ab; Anhänger_innen eines konservativen Wohlfahrtsstaatsmodells, das Leistungen stark an geleistete Beitragszahlungen koppelt, sind überdurchschnittlich häufig gegen höhere Sozialversicherungsbeiträge. Und wer vom Staat gute und kostenlose Kindertagesstätten erwartet und Anreize für die Beteiligung von Vätern an der Kindererziehung fordert, ist eher für eine Kreditfinanzierung des Wohlfahrtsstaates. Trotz solcher Einzelbefunde ergibt sich hier jedoch kein ähnlich klares Grundmuster wie bei der Bewertung von gesellschaftlicher Ungleichheit und der diesbezüglichen Verantwortung des Wohlfahrtsstaates.

4

INTERPRETATION DER ERGEBNISSE

Wie lassen sich die in Abschnitt 3 aufgedeckten Muster erklären und interpretieren, welche politischen Implikationen haben sie? Zur Beantwortung dieser Fragen sollen die vorliegenden Ergebnisse zunächst mit zwei in der Literatur prominent diskutierten Erklärungsansätzen abgeglichen werden (Abschnitt 4.1), um dann im nächsten Schritt daraus mögliche politische Handlungsansätze abzuleiten (Abschnitt 4.2).

4.1 EINORDNUNG DER EMPIRISCHEN BEFUNDE

Ein zentrales Ergebnis der statistischen Auswertung besteht darin, dass das nackte ökonomische Eigeninteresse der bzw. des Einzelnen nicht zwingend deren bzw. dessen wohlfahrtsstaatliche Finanzierungspräferenzen bestimmt. Stattdessen kommt normativen Faktoren, insbesondere der negativen Bewertung der steigenden gesellschaftlichen Ungleichheit, eine beträchtliche Erklärungskraft zu. In theoretischer Hinsicht zeigen sich hier die Grenzen interessenbasierter und strukturtheoretischer Ansätze sowie die Erklärungskraft kulturtheoretischer Ansätze, die die Wirkungsmacht von Wertvorstellungen betonen (siehe Kasten 1).

Zunächst lassen sich drei der geprüften Merkmale, nämlich Einkommen, Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen

Lage und subjektive Schichtzugehörigkeit, eindeutig dem strukturtheoretischen bzw. interessenbasierten Ansatz zuzuordnen. Dabei wurde festgestellt, dass lediglich die subjektive Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Lage einen nennenswerten Einfluss auf die Finanzierungspräferenzen hat, wobei die Ablehnung von Sozialkürzungen und die Befürwortung einer stärkeren Belastung von Kapitaleigner_innen mit den theoretischen Erwartungen übereinstimmen. Das Haushaltseinkommen, also einer der zentralen Indikatoren zur Beurteilung der sozioökonomischen Position einer Person innerhalb der Gesellschaft, hat dagegen keinen systematischen Einfluss auf die Einstellungen, wenn für andere Merkmale kontrolliert wird. Dieses Ergebnis ist nur schwer mit dem strukturtheoretischen Ansatz in Einklang zu bringen, demzufolge die Befürwortung höherer Abgaben sowie einer stärkeren Belastung von Kapitalbesitzer_innen mit zunehmendem Einkommen abnehmen sollte.² Der Befund, dass sich Höhergebildete trotz ihrer besseren Erfolgsaussichten in

² Bezüglich der Unterstützung von Beitragserhöhungen und Leistungskürzungen bietet die zentrale Stellung der Sozialversicherungen innerhalb des deutschen Wohlfahrtsstaates, wodurch die meisten Beitragszahler_innen gleichzeitig auch (zukünftige) Leistungsempfänger_innen sind, eine mögliche Erklärung für die geringe Polarisierung nach Einkommensgruppen (Ullrich 2008: 41–43).

Kasten 1: Struktur- und kulturtheoretische Erklärungen wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen

Bei der Erklärung wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen können idealtypisch struktur- und kulturtheoretische Erklärungsansätze gegenübergestellt werden (Andreß et al. 2001: 33–56; Trüdinger 2011: 147–150). Liegt der Fokus der Betrachtung, wie im vorliegenden Fall, auf der Erklärung der Einstellungen der Bürger_innen eines Landes, so ist aus strukturtheoretischer Perspektive die Positionierung der bzw. des Einzelnen innerhalb der Sozialstruktur maßgeblich, da diese deren bzw. dessen materielle Interessen und damit wohlfahrtsstaatliche Präferenzen prägt. Die Befürwortung oder Ablehnung einer Steuererhöhung zur Finanzierung von Sozialprogrammen ist demnach von einer kühlen Kosten-Nutzen-

Rechnung abhängig. Der kulturtheoretische Ansatz betont dagegen die normativen Überzeugungen des Individuums, welche sich aus dessen Sozialisation sowie Alltagserfahrungen speisen. Demnach können beispielsweise auch Wohlhabende für Steuererhöhungen eintreten, die sie selbst finanziell stärker belasten, weil dies ihren im Elternhaus, in der Schule oder am Arbeitsplatz entwickelten Vorstellungen über eine gerechte Lastenverteilung entspricht. Diesem Ansatz folgend ist von einer deutlich geringeren Determinierung der Finanzierungspräferenzen durch die eigene sozioökonomische Lage auszugehen.

der Wissensgesellschaft eher für Abgabbeerhöhungen und eine stärkere Besteuerung von Kapital aussprechen als Personen mit einem niedrigeren Bildungsabschluss, unterstützt ebenfalls eher eine werte- als eine interessenbasierte Erklärung.

Ein weiterer zentraler Befund der statistischen Analyse besteht in der relativ starken Erklärungskraft der politischen Variablen sowie bestimmter wohlfahrtsstaatlicher Zielvorstellungen. Auch diese Ergebnisse lassen sich vor dem Hintergrund der theoretischen Vorüberlegungen klar einordnen. Die Antworten der Bürger_innen auf die Fragen zur Einkommensungleichheit und zu den grundsätzlichen Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat lassen deren tiefer liegende Wertorientierungen erkennen. Aus Sicht des wertebasierten Ansatzes ist zu erwarten, dass Abweichungen bei derartigen allgemeineren Werteorientierungen zu unterschiedlichen sozialpolitischen Reformvorstellungen führen (Trüdinger 2011: 139–143). Genau dies ist im vorliegenden Fall zu beobachten. Die allgemeinen Erwartungen darüber, was der Wohlfahrtsstaat zu leisten hat und was nicht, erweisen sich als wichtiger Erklärungsfaktor bezüglich konkreter Finanzierungsvorschläge. Dasselbe gilt für die Wahrnehmung und Bewertung gesellschaftlicher Ungleichheit, in der sich grundlegende normative Vorstellungen über eine „gute Gesellschaft“ widerspiegeln. Der Grad der Ablehnung von sozialer Ungleichheit bildet wiederum eine Kerndimension des Links-rechts-Gegensatzes (Bandau 2015: 35–40), was erklärt, warum die Selbstverortung der Bürger_innen auf der Links-rechts-Skala eine signifikante, wenn auch schwächere, Erklärungskraft hinsichtlich der Finanzierungsoptionen besitzt.

Als besonders starke Erklärungsfaktoren erweisen sich schließlich die Parteipräferenzen der Befragten. Während sich in der subjektiven Links-rechts-Einordnung eine Vielzahl politischer Sachfragen verdichtet, bietet die Nennung der Parteiidentifikation die Möglichkeit einer noch konkreteren Verortung im politisch-ideologischen Raum. Parteienfamilien und ihre nationalen Vertreter stehen demnach für unterschiedliche Kernwerte, SPD und Linkspartei beispielsweise für soziale Gerechtigkeit, die FDP für negative Freiheit und Eigenverantwortung (Bandau 2015: 40–44). Damit verbunden sind parteispezifische wohlfahrtsstaatliche Programmatiken. Anders als bei den sozialstrukturellen Merkmalen (die feststehen und nicht von politischen Einstellungen beeinflusst werden) lässt sich infolgedessen die Richtung des Kausalzusammenhangs nicht eindeutig bestimmen. Es wäre irreführend zu sagen, dass jemand für höhere Vermögensteuern ist, weil er oder sie sich vorstellen könnte, die SPD zu wählen. Vielmehr ist es plausibel, dass Menschen mit einer bestimmten Grundüberzeugung sowohl für höhere Vermögensteuern sind als auch der SPD nahestehen.

Insgesamt ist eindeutig erkennbar, dass rein interessenbasierte Erklärungen der Finanzierungseinstellungen zu kurz greifen. Die Beurteilung der unterschiedlichen Finanzierungsvorschläge folgt nicht in erster Linie einer kühlen Kosten-Nutzen-Rechnung. Es bestehen auch keine unüberwindbaren Gräben, entlang derer sich Reiche und Arme, Familien und Alleinstehende oder Mittelschicht und Arbeiter_innen unveröhnlich gegenüberstehen. Vielmehr sind es die politischen Überzeugungen und normativen Wertvorstellungen der Bürger_innen, welche entscheidend deren Zahlungsbereitschaft prägen. Diese Ergebnisse decken sich mit anderen Befunden

aus der Einstellungsforschung. So zeigt z. B. Trüdinger (2011), dass Wertorientierungen wie Egalitarismus, Individualismus und Konservatismus nicht nur die Kürzungsbereitschaft prägen, sondern auch die Einstellungen zur Ausweitung der Finanzierungsbasis sowie zur Individualisierung von Lasten beeinflussen. Für die Ausgabenseite bestätigen zahlreiche Studien, dass die Bereitschaft zu Sozialkürzungen stark von Gerechtigkeitsvorstellungen und Verteilungsprinzipien bestimmt wird (Gangl 1997; Christensen 2007; Ullrich 2008; Nüchter et al. 2010). Auch der ideologischen Selbstverortung der Bürger_innen kommt in diesem Zusammenhang eine wichtige Bedeutung zu (Roller 1996; Christensen 2007).

4.2 POLITISCHE IMPLIKATIONEN

Die große Skepsis, die viele Bürger_innen den genannten Finanzierungsvorschlägen entgegenbringen, lässt den Spielraum für politische Antworten auf das zu Beginn skizzierte Finanzierungsdilemma zunächst äußerst begrenzt erscheinen. Die Ergebnisse der Datenauswertung lassen in Verbindung mit der steigenden Unzufriedenheit mit der sozialen Ungleichheit jedoch durchaus Ansatzpunkte für progressive Reformkräfte erkennen.

Der erste und zentrale Ansatzpunkt betrifft die diskursive Verknüpfung der Ungleichheitsthematik mit dem Wohlfahrtsstaat und dessen Finanzierung. Die Forschung zeigt, dass Unzufriedenheit mit der wahrgenommenen Ungleichheit die Unterstützung für staatliche Umverteilung wesentlich erhöht (Lübker 2007: 138 f.). Gleichzeitig deutet einiges darauf hin, dass die gesellschaftliche Unterstützung eines Abbaus gesellschaftlicher Ungleichheit den Handlungsspielraum für entsprechende steuer- und sozialpolitische Reformen vergrößert (Lübker 2014: 145–150). Für Deutschland zeigen die dieser Studie zugrunde liegenden Umfrageergebnisse, dass inzwischen eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung – darunter 76 Prozent der Unionswähler_innen und 87 Prozent der Nichtwähler_innen aus dem Jahr 2013 – die soziale Ungleichheit als zu hoch einschätzt und dass drei Viertel der Bürger_innen von der volkswirtschaftlichen Schädlichkeit des gegenwärtigen Ungleichheitsniveaus überzeugt sind (Mau/Heuer 2016). Zudem sehen 72 Prozent der Befragten den Staat in der Verantwortung, Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich abzubauen (nicht tabellarisch ausgewiesen). In Verbindung mit den hier präsentierten Ergebnissen lässt sich daraus eine klare Handlungsoption für eine progressive Steuer- und Sozialpolitik ableiten, nämlich die narrative Verknüpfung der Bewahrung und Weiterentwicklung des Wohlfahrtsstaates mit dem Abbau sozialer Ungleichheit. Wie ein solches Narrativ aussehen kann, wird im abschließenden Abschnitt dargelegt.

Ein zweiter, für die politische Durchsetzbarkeit entsprechender Reformen relevanter Aspekt betrifft die Verteilung der Standpunkte der Wähler_innen der einzelnen Parteien in der Finanzierungsfrage. Aktuell geht es dabei in der politischen Debatte aufgrund der guten Lage der Staatsfinanzen in erster Linie um die Frage, ob haushaltspolitische Spielräume für Steuersenkungen oder den Ausbau und Erhalt des Wohlfahrtsstaates genutzt werden sollen. Wie in Abbildung 2 veranschaulicht, wäre Letzteres, gemessen an den Erwartungen der

Wähler_innen, am ehesten innerhalb einer rot-rot-grünen Koalition möglich. Eine Koalitionsbeteiligung der FDP würde dies dagegen deutlich erschweren. Diese Einschätzungen decken sich mit der politischen Programmatik der Parteien. Allerdings weist die neuere Wohlfahrtsstaatsforschung darauf hin, dass es bei konkreten Reformprojekten durchaus zu überraschenden Koalitionen kommen kann (Häusermann 2012). Beispielsweise haben nicht nur Arbeitnehmer_innen, sondern auch viele Unternehmen ein Interesse an einem weiteren Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung. Eine geschickte Verknüpfung progressiver Steuerreformen mit dem Ausbau derartiger (Dienst-)Leistungen kann daher unter Umständen die Reformkoalition erweitern.

5

POLITISCHE HANDLUNGSOPTIONEN

Der Ausgangspunkt dieser Kurzexpertise ist das Finanzierungs-dilemma, mit dem sich Befürworter_innen eines starken und solidarischen Sozialstaates angesichts hoher Erwartungen, aber geringer Zahlungsbereitschaft der Bürger_innen konfrontiert sehen. Vor dem Hintergrund dieses Dilemmas gibt die vorliegende Analyse durchaus Grund zur Hoffnung: Einstellungen zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates lassen sich nicht unmittelbar aus den eigenen materiellen Interessen ableiten, sondern sind über Werte vermittelt, auf die die politische Debatte einwirken kann. Besondere Bedeutung kommt dabei der Wahrnehmung und Bewertung gesellschaftlicher Ungleichheit zu. In Zeiten wachsender Ungleichheit und gleichzeitig steigender Ablehnung dieser Entwicklung in weiten Teilen der Bevölkerung kann die Politik genau an diesem Punkt ansetzen. Zunächst gilt es, den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Ungleichheit und der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates überzeugend darzulegen (Abschnitt 5.1) und darauf aufbauend konkrete Reformmaßnahmen zu benennen, mit denen der Wohlfahrtsstaat wachsender Ungleichheit adäquat entgegenzutreten kann (Abschnitt 5.2).

5.1 „FRAMING“: DER WOHLFAHRTSSTAAT ALS GARANT FÜR GLEICHHEIT

Eine wichtige Bedeutung kommt folglich dem „Framing“ der Finanzierungsvorschläge zu, das heißt der engen Verknüpfung der Vorschläge mit der Bekämpfung der als ungerecht und sogar skandalös empfundenen sozialen Ungleichheit. Auf experimenteller Ebene zeigen aktuelle Befunde, dass die Zustimmung zu Sozialkürzungen deutlich abnimmt, wenn die Teilnehmer_innen zuvor auf die ungleichheitsverstärkenden Folgen dieser Politik hingewiesen werden (Marx/Schumacher 2016). Übertragen auf den politischen Diskurs bedeutet dies, dass eine kluge progressive Politik die positiven Verteilungswirkungen der präferierten Finanzierungsvorschläge sowie der Verwendung der Mittel in den Vordergrund rücken muss. Anders ausgedrückt: Alle konkreten Reformvorschläge müssen in ein übergeordnetes Ungleichheitsnarrativ eingebettet werden, um ausreichend gesellschaftliche Unterstützung für

den Wohlfahrtsstaat und seine Finanzierung zu generieren.

Die Voraussetzungen hierfür sind angesichts der in der Bevölkerung weitverbreiteten Ansicht, dass die Ungleichheit zu groß ist und dass es in Deutschland nicht (mehr) gerecht zugeht, günstig (Kangas et al. 2014: 76–79). Untermauert wird diese Unzufriedenheit von sozialwissenschaftlichen Befunden, die bestätigen, dass eine hohe soziale Ungleichheit beträchtliche negative Folgen sozialer, politischer und wirtschaftlicher Art nach sich zieht (Wilkinson/Pickett 2010; Schäfer 2015; van Treeck 2015). Ein Blick ins Ausland bestätigt diese Befunde. Die Entscheidung für den Brexit und die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten sind dabei die jüngsten und eindrucklichsten Beispiele. Auch wenn beide Ereignisse nicht allein auf eine Ursache zurückzuführen sind, so zeigen sich in ihnen auch die fatalen Konsequenzen der politischen Vernachlässigung ökonomischer Ungleichheiten (Blyth 2016a, 2016b). Für die Wirtschaftsmacht Deutschland kommt darüber hinaus dem ökonomischen Argument eine wichtige Bedeutung zu (Albig et al. 2017). Selbst internationale Organisationen wie der Internationale Währungsfonds und die OECD – in der Vergangenheit starke Befürworter neoliberaler Reformen – erkennen mittlerweile an, dass eine hohe Ungleichheit der Wirtschaft schadet (Ostry et al. 2014; OECD 2015a; van Treeck 2015; Albig et al. 2017). Einem starken, mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestatteten Sozialstaat kommt daher nicht nur aus sozialer, sondern auch aus ökonomischer Sicht eine enorm wichtige Funktion zu.

Derartige Erkenntnisse müssen in gebündelter Form gegen die Argumentation marktliberaler Akteure in Stellung gebracht werden, der zufolge die hohe Steuerbelastung das zentrale Problem in Deutschland darstelle, weshalb Steuer-senkungen das Gebot der Stunde seien. Ein wichtiger Teil der politischen Auseinandersetzung besteht dementsprechend darin, auf die sozialpolitischen Kosten derartiger Steuer-senkungen sowie deren häufig negative verteilungspolitische Effekte hinzuweisen. Um die Bürger_innen von der Richtigkeit der eigenen Position zu überzeugen und Glaubwürdigkeit zu beweisen, ist es zudem von elementarer Bedeutung, die dargestellten Argumente über einen längeren Zeitraum – das heißt nicht nur im Wahlkampf – und offensiv gegen erwartbare Widerstände zu vertreten. Um glaubhaft zu sein, müssen

Kasten 2: Auch die Ausgabenseite zählt

Wie die vorliegende Expertise betont, liegt die zentrale Herausforderung für wohlfahrtsstaatlich orientierte Politik auf der Einnahmenseite. Zugleich gilt es, die generierten Mittel effektiv und effizient zu nutzen. Zukunftsorientierte Finanzpolitik gestaltet sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabenseite bewusst – mit dem Anspruch, Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gewährleisten. Ein aktiver, sein Kapital nutzender Staat wirkt zudem als Motor für Innovation und Wachstum, indem er – insbesondere in kapitalintensiven oder riskanten Bereichen – Märkte schafft oder gestaltet und visionäre Ideen sowie Zukunftstechnologien fördert (vgl. hierzu auch das Buch der Ökonomin Mariana Mazzucato „Das Kapital des Staates: Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum“).

Die FES veröffentlichte im Rahmen des Projektes „Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie #2017 plus“ mehrere Beiträge, die ebenso aktuelle wie zentrale Felder wohlfahrtsstaatlichen Handelns präzisieren. Dazu zählt die Publikation „Gestaltende Finanzpolitik“. Sie unterstreicht den Handlungsbedarf insbesondere in puncto Bildung, Alterssicherung, Gesundheit, Integration, Infrastruktur und Geschlechtergerechtigkeit. Der Beitrag „Ungleichheit bekämpfen“ identifiziert Maßnahmen, mit denen der aktivierende deutsche Wohlfahrtsstaat zur Verringerung sozialer Ungleichheiten beitragen kann – darunter höhere Investitionen in (Weiter-)Bildung, Qualifizierung und Beschäftigungsförderung sowie in die Stadtentwicklung.

In „Der Wert gleicher Lebensverhältnisse“ werden die positiven Effekte einer einheitlichen Daseinsvorsorge in der Fläche deutlich. Einen Fokus auf Quartierspolitik richtet die Veröffentlichung „Das Soziale Quartier – Quartierspolitik für Teilhabe, Zusammenhalt und Lebensqualität“, die für eine Stärkung der sozialen, kulturellen und funktionalen Vielfalt

des Quartiers sowie die Förderung des Engagements der Bewohner_innen plädiert. Reformen in der Pflegepolitik empfiehlt die Studie „Zukunft der Pflegepolitik – Perspektiven, Handlungsoptionen und Politikempfehlungen“, darunter die Schaffung neuer Personalressourcen samt verbesserter und transparenterer Entlohnung. Im Bereich der Kinder-tagesbetreuung spricht sich die Publikation „Gute Gründe für gute Kitas!“ unter anderem für eine gezielte Förderung von Einrichtungen mit hohem Ressourcenbedarf oder erweitertem Leistungsangebot aus.

Wie der Beitrag „Neue Konzepte für den Übergang in Ausbildung“ nahelegt, sind Reformen auch beim Übergang von allgemeinbildenden Schulen in die Berufsausbildung angebracht: flexiblere Unterstützungsangebote und eine stabilere Förderpraxis sind demnach ebenso ins Auge zu fassen wie flexible Pfade betrieblicher Ausbildung. Die Veröffentlichung „Bedingungen für flexible Bildungsübergänge“ wiederum beleuchtet die Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulbildung und unterstreicht beispielsweise die Bedeutung zielgruppenspezifischer Beratungsstrukturen. Den Stellenwert qualitativ hochwertiger Beratung im Kontext von Umbruchsituationen – etwa beim Übergang von Schule in Beruf oder Studium – betont die Publikation „Befähigung durch Beratung“.

Ein weiteres Bündel an Handlungsoptionen präsentiert der Beitrag „Denkraum Arbeit – Leben – Fortschritt: Progressive Ideen für die Arbeitswelt von morgen“. Dargestellt werden unter anderem ein Lebenschancenbudget zur Unterstützung selbstbestimmter Erwerbsbiografien und eine steuerfinanzierte Mindestsicherung innerhalb der sozialen Sicherungssysteme. Letztere sollen zudem präventiver ausgerichtet werden – etwa durch die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung (vgl. auch die Publikationsreihe der FES zum Thema Arbeitsversicherung).

mögliche Reformvorschläge zur Finanzierung des Sozialstaates außerdem im Einklang mit der eigenen Rhetorik stehen. Zum Abschluss soll daher ein Blick auf konkrete Politikmaßnahmen geworfen werden.

5.2 SPIELRÄUME FÜR EINEN ZUKUNFTSFESTEN WOHLFAHRTSSTAAT SCHAFFEN

Auch wenn sich aus den Einstellungen der Befragten nicht unmittelbar bestimmte Politikempfehlungen ergeben, so erlaubt unsere Auswertung doch Rückschlüsse darauf, welche Politikmaßnahmen von der Bevölkerung am ehesten getragen werden. Zwar ist hier nicht der Platz, um ausführlich auf die Ausgestaltung einzelner Handlungsoptionen einzugehen, entsprechend ausgearbeitete Konzepte liegen aber vor (siehe z. B. Bach und Thiemann 2016; Atkinson 2015; sowie insbesondere Bormann et al. 2017). Wir beschränken uns deshalb darauf, Möglichkeiten zu benennen und auf deren Verbindung zum Thema Ungleichheit hinzuweisen. Der Wohlfahrts-

staat kann der wachsenden Ungleichheit dabei nicht nur durch Verbesserungen auf der Einnahmenseite entgegenzutreten, sondern Ungleichheit umso effektiver bekämpfen, wenn er ergänzend dazu auch auf regulatorische Sozialpolitik zurückgreift (und so den Finanzbedarf verringert).

5.2.1 GERECHTE FINANZIERUNG DES WOHLFAHRTSSTAATES LANGFRISTIG SICHERN

Angesichts der momentan guten Lage der öffentlichen Haushalte mehren sich in der politischen Debatte populäre Forderungen nach Steuer- und Abgabensenkungen. Demgegenüber könnten sich Vorschläge zur Verbesserung der Einnahmenseite des Wohlfahrtsstaates als politisch riskant erweisen. Die zentrale Argumentationslinie bezüglich der Einnahmenseite des Wohlfahrtsstaates sollte deshalb sein, dass ein leistungsfähiger Wohlfahrtsstaat einer langfristig soliden Finanzierung bedarf und Reformen auf der Einnahmenseite kein Selbstzweck sind. Erstens zielen sie darauf ab, Qualität und Quantität der bereitgestellten Leistungen zu erhalten bzw. in jenen

Bereichen, in denen dies nötig ist (man denke etwa an die Kinderbetreuung) zu verbessern. Zweitens haben Reformen der Finanzierung immer auch das Ziel, die mit einem starken Wohlfahrtsstaat verbundenen finanziellen Lasten gerecht zu verteilen – was in Zeiten steigender Ungleichheit nach einer Anpassung der Lastenverteilung verlangt.

Auf der Finanzierungsseite sollte dementsprechend das zentrale Anliegen sein, die Progressivität des Einnahmesystems zu erhöhen. Die beiden Finanzierungsinstrumente, die bei den Befragten die größte Unterstützung erhalten, wären dazu geeignet, dieses Ziel zu erreichen. Eine Vermögensteuer trifft Wohlhabende und leistet einen Beitrag dazu, die extreme Ungleichheit der Vermögen zu begrenzen. Außerdem lässt sich argumentieren, dass Deutschland bei den vermögensbezogenen Steuern im OECD-Vergleich einen der unteren Plätze einnimmt (OECD 2015) und insofern Handlungsspielraum besteht. Weiterhin ist durch den inzwischen beschlossenen automatischen Informationsaustausch zwischen nationalen Steuerbehörden ein in der Vergangenheit politisch sehr wirksames Argument gegen eine solche Steuer, nämlich die Befürchtung, dass sie leicht umgangen werden kann, entfallen. Dieses Beispiel verdeutlicht auch, dass es nicht allein um die Einführung neuer oder die Reform bestehender Steuern geht. Ebenso wichtig ist es, für eine wirksame Durchsetzung der Gesetze zu sorgen und Steuervermeidung und -hinterziehung zu verhindern.

Auch eine angemessene Belastung von Unternehmen wäre ein möglicher Weg, wobei die Spielräume für eine Erhöhung der Unternehmensteuern auf nationaler Ebene begrenzt sind. Im Zuge des internationalen Steuerwettbewerbs sind die Steuersätze für Unternehmen in den vergangenen drei Dekaden immer weiter gesenkt worden, was wesentlich zur gestiegenen Ungleichheit beigetragen hat (Rixen 2011). Anders als für den Bereich der Steuerhinterziehung, in dem man mit dem automatischen Informationsaustausch einen wesentlichen Fortschritt erzielt hat, sind die Maßnahmen gegen die Steuervermeidung von multinationalen Unternehmen und den internationalen Körperschaftsteuerwettbewerb bisher nicht sehr erfolgreich (Rixen 2014). Wenn man also wirklich eine Umkehr in der Unternehmensbesteuerung einleiten will, dann sind hier weiterhin dicke Bretter auf internationaler und europäischer Ebene zu bohren, was angesichts der steuerpolitischen Ankündigungen der amerikanischen und britischen Regierungen aktuell zusätzlich erschwert wird. Sinnvoll und lohnend wäre es allemal.³

Eine weitere Reformoption, die sich offensichtlich mit dem Thema Ungleichheit und Ungerechtigkeit verbinden ließe, wäre die Erhöhung der Erbschaftsteuer. Da diese auf leistungslose Vermögenszuwächse erhoben wird, wird sie auch von Konservativen und Liberalen nicht grundsätzlich abgelehnt. Wichtig wäre, das Betriebsvermögen in die Steuer einzubeziehen, zum Erhalt des Unternehmens und der Arbeitsplätze aber auch großzügige Stundungsmöglichkeiten für Unternehmenserb_innen zu ermöglichen (Bormann et al. 2017: 14–15).

Auch wenn die genannten Maßnahmen verteilungspolitisch sehr plausibel sind, sollte nicht vergessen werden, dass

die absoluten Einnahmen, die sich mit diesen drei Steuerarten erheben lassen, begrenzt sind. Es erscheint deshalb sinnvoll, auch bei der Einkommensteuer nachzujustieren. Auch hier gibt es Reformbedarf, der sich argumentativ mit dem Ungleichheitsthema verknüpfen lässt. So könnten Kapitaleinkommen durch eine Abschaffung der niedrigen Abgeltungssteuer wieder in die reguläre, progressive Einkommensteuer einbezogen werden. Das zentrale Argument für die bisher geltende bevorzugte Behandlung der Kapital- gegenüber den Arbeitseinkommen, nämlich die befürchtete internationale Steuerflucht, ist mit dem automatischen Informationsaustausch hinfällig geworden. Zusätzlich könnte der Einkommensteuertarif im oberen Bereich um eine sogenannte Reichensteuer, das heißt höhere Grenzsteuersätze für sehr hohe Einkommen, verlängert werden. Entlastungspotenzial im unteren und mittleren Einkommensbereich gibt es allerdings nicht, da entsprechende Änderungen zu starken Einnahmeausfällen führen und im Übrigen auch die Bezieher_innen sehr hoher Einkommen entlasten würden. Um eine verteilungspolitisch erwünschte Anhebung der niedrigen (und mittleren) Einkommen zu erreichen, sollte man bevorzugt eine Anhebung des Mindestlohns anstreben (siehe unten).

Schließlich lassen sich auch im Bereich der Sozialversicherungen Reformen ergreifen, die zu einer höheren Progressivität des Einnahmesystems führen würden. Der Königsweg wäre sicherlich die Einführung der sogenannten Bürgerversicherung. Durch die Einbeziehung bisher nicht versicherungspflichtiger Personen, insbesondere in den höheren Regionen der Einkommensverteilung, würde eine deutliche Verbreiterung der Finanzierungsbasis (und der Anspruchsberechtigten) erreicht. Ein kurzfristig durchführbarer Schritt, um sich diesem Ziel anzunähern, ist eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen in der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung.⁴

5.2.2 REGULATORISCHE SOZIALPOLITIK

Der Wohlfahrtsstaat nimmt aber nicht nur durch das Steuer- und Transfersystem Einfluss auf die Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen, sondern auch mittels Regulierung, also der Setzung von Regeln für das wirtschaftliche und soziale Leben (Hicks/Swank 1984: 266 f.). Gerade angesichts des Finanzierungsdilemmas, das im Zentrum dieser Studie steht, ist es wichtig, auch regulatorische Maßnahmen, die die Bürger_innen jedenfalls nicht direkt finanziell belasten, in den Blick zu nehmen. Eine regulatorische Sozialpolitik kann die obigen Vorschläge zur Verbesserung der Finanzierungsbasis flankieren. Insbesondere die folgenden Reformvorschläge sind angesichts der großen Sorge um die wachsende Ungleichheit relevant und ließen sich argumentativ sehr leicht in das empfohlene Narrativ „Bekämpfung der Ungleichheit“ einfügen.

Eine erste denkbare Reform könnte die Erhöhung des Mindestlohns sein. Während die oben vorgeschlagene Ein-

³ Entsprechende Vorschläge sind vorhanden (siehe z. B. Godar et al. 2015; Rixen/Uhl 2011).

⁴ Im Falle der Rentenversicherung muss dabei das Äquivalenzprinzip beachtet werden, wonach höhere Einzahlungen mit höheren Rentenansprüchen verbunden sind. Eine mit dem Äquivalenzprinzip vereinbare Lösung besteht darin, den Anstieg der Rente ab einer festgelegten Höhe geringer ausfallen zu lassen (Hörisch/Punstein 2014).

führung bzw. Erhöhung der Vermögen-, Erbschaft- und Körperschaftsteuer am oberen Ende der Einkommensverteilung ansetzt, zielt eine Erhöhung des Mindestlohns auf eine Anhebung des unteren Randes. In die gleiche Richtung gehen Bemühungen, die atypische Beschäftigung einzuschränken und die Tarifbindung über die staatliche Rahmengesetzgebung zu stärken. Gleichzeitig kann die regulatorische Sozialpolitik auch dazu beitragen, einkommensschwächere Haushalte auf der Ausgabenseite zu entlasten. Hier würde es sich beispielsweise anbieten, wieder stärker eine soziale Wohnungspolitik zu betreiben und mittels öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften, aber auch mit Förderprogrammen für private und genossenschaftliche Investitionen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und den Anstieg der Mieten zu bremsen bzw. umzukehren.

Ein wesentlicher Vorteil dieses regulatorischen Ansatzes besteht darin, dass er nicht erst ex post in das Marktgeschehen eingreift, also die Primärverteilung nachträglich korrigiert, sondern ex ante wirkt, also bereits die Primärverteilung der Markteinkommen im Sinne einer wohlfahrtsstaatlichen Gerechtigkeitskonzeption beeinflusst. Eine solche Ergänzung (oder teilweise Ersetzung) von „redistribution“ durch „predis-tribution“ (siehe auch Atkinson 2015; Chwalisz/Diamond 2015) stärkt den Wohlfahrtsstaat und entlastet ihn gleichzeitig davon, ein sehr hohes Umverteilungsniveau zu realisieren. In dem Maße, in dem ein wachsendes Finanzvolumen des Wohlfahrtsstaates und ein hohes Maß an Umverteilung in der politischen Auseinandersetzung als schwer durchsetzbar gelten, kann eine solche Strategie auch dabei helfen, politischen Widerstand gegen eine Stärkung des Wohlfahrtsstaates zu umgehen.

6

FAZIT

Während sich der Großteil der Einstellungsforschung zum Wohlfahrtsstaat auf die gesellschaftliche Unterstützung sozialstaatlicher Leistungen konzentriert, liefert die vorliegende Kurzexpertise die erste systematische Analyse der Finanzierungspräferenzen der deutschen Bevölkerung. Eine derartige Untersuchung ist von elementarer Bedeutung, da sie die Voraussetzung für die Entwicklung politischer Ansätze zur Überwindung des wohlfahrtsstaatlichen Finanzierungsdilemmas, also dem Wunsch der Bürger_innen nach einem starken Wohlfahrtsstaat bei insgesamt eher beschränkter Zahlungsbereitschaft, bildet.

Und in der Tat machen die Ergebnisse der Analyse Hoffnung, dass das Finanzierungsdilemma überwunden werden kann. Diese Hoffnung speist sich vor allem aus der Erkenntnis, dass die Zahlungsbereitschaft nicht so sehr vom materiellen Eigeninteresse, sondern vielmehr von den Wertvorstellungen der Bürger_innen bestimmt wird. Neben der Unterstützung eines universellen Wohlfahrtsstaates erhöht vor allem die Unzufriedenheit mit der wahrgenommenen Ungleichheit die Zahlungsbereitschaft. An eben diesem Punkt kann die Politik ansetzen, indem sie Reformen zur finanziellen Stärkung des Sozialstaates progressiv ausgestaltet und dafür sorgt, dass Kapital und höhere Einkommensgruppen einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung leisten (siehe Abschnitt 5.2). Um politisch tatsächlich durchsetzbar zu sein, muss eine derartige Steuer- und Sozialpolitik allerdings in ein übergeordnetes Ungleichheitsnarrativ eingebettet sein, das eine gerechte Verteilung der zur Finanzierung sozialstaatlicher Programme notwendigen Lasten betont.

Das gesellschaftliche Klima für dieses Vorgehen erweist sich angesichts der Unzufriedenheit einer klaren Mehrheit der Bürger_innen mit der sozialen Ungleichheit in Deutschland als vergleichsweise günstig. Progressive Reformen zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates haben allerdings nur dann eine Chance auf Verwirklichung, wenn dem Argument marktliberaler und konservativer Akteure, dass die hohe Steuerbelastung das zentrale Problem in Deutschland darstelle, entschieden entgegengetreten wird. Dabei gilt es vor allem, auf die sozialpolitischen Kosten von Steuersenkungen, deren häufig negative verteilungspolitische Effekte und aktuelle Befunde zur ökonomischen Schädlichkeit hoher Ungleichheit

hinzuweisen. Um Glaubwürdigkeit zu beweisen und das notwendige Vertrauen der Wähler_innen zu gewinnen, müssen diese Argumente zudem über einen längeren Zeitraum – das heißt nicht nur im Wahlkampf – offensiv gegen die erwartbaren Widerstände vertreten werden.

A

ANHANG: Anmerkungen zur Datengrundlage und den statistischen Methoden

A) DATENGRUNDLAGE

Die Datengrundlage der statistischen Auswertungen bildet eine im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von TNS Infratest durchgeführte repräsentative Bevölkerungsbefragung mit dem Titel „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“. Im Zeitraum vom 30.11 bis 18.12.2015 wurden im Rahmen computergestützter Telefoninterviews (CATI) 2.000 Personen ab 18 Jahren aus der wahlberechtigten Bevölkerung Deutschlands befragt. Erhoben wurden die Einstellungen der Bevölkerung zur Sozialpolitik in Deutschland.

B) HAUPTKOMPONENTENANALYSE ZUR ERMITTLUNG DER STRUKTUR DER EINSTELLUNGEN ZUR FINANZIERUNG DES WOHLFAHRTSSTAATES

Eine in der empirischen Sozialforschung weitverbreitete Methode zur Strukturierung umfangreicher Datensätze ist die sogenannte Hauptkomponentenanalyse. Sie dient dazu, eine größere Anzahl von Variablen zu wenigen, aber trotzdem aussagekräftigen Variablen zu verdichten (die „Hauptkomponenten“ oder auch „Faktoren“). Dieser Ansatz bietet sich in

Tabelle A1
Faktorenanalyse der Zustimmung zu einzelnen Finanzierungsoptionen

	Faktor 1: Ausweitung der Finanzierung des Wohlfahrtsstaates	Faktor 2: Belastung von Arbeit oder Kapital
Erhöhung der Einkommensteuer	0,670	0,319
Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung	0,382	0,645
Kürzung von Leistungen in den Sozialversicherungen und bei öffentlichen Dienstleistungen	0,044	0,674
höhere Steuern für Unternehmen	0,606	-0,146
höhere Steuern auf Vermögen	0,737	-0,348
höhere Erbschaftsteuern	0,736	-0,197
erklärte Varianz (kumulativ)	34,1 %	53,4 %

Anmerkung: Die Variable „höhere Kreditaufnahme des Staates“ wurde von der Analyse ausgeschlossen, da die Antworten kaum mit denen zu den restlichen Variablen korrelieren (Uniqueness: 0,782). Nicht rotierte Faktorladungen. Das Gütekriterium nach Kaiser-Meyer-Olkin für die Faktorenanalyse insgesamt beträgt 0,665.

Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ (2015).

der Analyse von Umfragedaten insbesondere dann an, wenn man davon ausgehen kann, dass die Befragten einzelne Aussagen zu einem Themenkomplex anhand von tiefer liegenden Überzeugungen bewerten und die Antworten einer Person deshalb miteinander korrelieren. Eine Hauptkomponentenanalyse ermöglicht es deshalb nicht nur, die Komplexität des Datensatzes zu reduzieren, sondern auch Rückschlüsse über die Struktur der zugrunde liegenden Werte zu ziehen.

Bei der Bewertung der Finanzierungsoptionen durch die Wahlberechtigten zeigt sich, dass sich über die Hälfte der Varianz in den Antworten durch nur zwei Faktoren erfassen lässt (siehe Tabelle A1).⁵ Die Faktorladungen geben dabei jeweils an, wie stark die Ausgangsvariablen mit dem extrahierten Faktor korrelieren. Die beiden so gewonnenen Faktoren lassen sich zudem plausibel interpretieren:⁶ Wer die stärkere Erschließung einer Finanzierungsquelle unterstützt, ist auch den anderen Optionen gegenüber eher positiv eingestellt – mit der wichtigen Ausnahme von Leistungskürzungen. Faktor 1 drückt damit die generelle Zustimmung zu einer Ausweitung des Wohlfahrtsstaates auf der Finanzierungsseite aus. Faktor 2 differenziert hingegen nach einer stärkeren Belastung von Arbeit und Kapital: Die Erhöhung der Einkommensteuer, höhere Beiträge zur Sozialversicherung und Leistungskürzungen würden in erster Linie Arbeitnehmer_innen betreffen und laden gemeinsam positiv an einem Pol des Faktors; eine stärkere Belastung von Kapitaleigner_innen durch höhere Unternehmen-, Vermögen- und Erbschaftsteuern lädt hingegen negativ (wenn auch mit schwachen Werten) am entgegengesetzten Pol. Die Umfragedaten bilden damit die Unterschiede in den Einstellungen der Wähler_innen zu zwei politisch entscheidenden Fragen ab: nach dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates auf der Finanzierungsseite und nach der vorrangigen Belastung von Arbeit oder Kapital.

Anhand der Antworten zu den einzelnen Fragen lässt sich für jeden der Befragten ermitteln, wo sie oder er sich auf diesen beiden Konfliktdimensionen positioniert. Die sogenannten Faktor-Scores sind dabei so konstruiert, dass hohe Werte eine Zustimmung zu einer Ausweitung der Finanzierung des Wohlfahrtsstaates ausdrücken (Faktor 1) beziehungsweise zu einer stärkeren Belastung der Kapitaleite (Faktor 2). Wichtig ist hierbei, dass die Faktor-Scores nur die relative Positionierung einzelner Wählergruppen messen, nicht aber ihre absolute Zustimmung oder Ablehnung (der Mittelwert beträgt über alle Befragten hinweg für beide Faktoren null). Der große Vorteil des gewählten Vorgehens besteht in der besseren Interpretationsmöglichkeit der Befunde. Statt jede der Finanzierungsoptionen einzeln zu betrachten, kann in den Regressionsanalysen in Anhang B ermittelt werden, wie sich verschiedene Bevölkerungsgruppen zu den beiden Konfliktdimensionen positionieren: Sind es eher die Jungen oder die Alten, die hö-

here Einnahmen befürworten? Wie wirken sich politische Einstellungen auf die Präferenz für eine Belastung von Arbeit und Kapital aus? Und welche Auswirkungen haben die Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat auf Finanzierungspräferenzen?

C) UNTERSTÜTZUNG VERSCHIEDENER WOHLFAHRTSSTAATSKONZEPTIONEN

Die FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ enthält unter anderem eine Reihe von Fragen zu den wohlfahrtsstaatlichen Grundpräferenzen, um die normativen Vorstellungen der Befragten zu messen. Aufbauend auf der Wohlfahrtsstaatstypologie von Esping-Andersen (1990) wurde dabei die Zustimmung zur sozialdemokratischen, konservativen und liberalen Wohlfahrtsstaatskonzeption erhoben (wobei sich diese Konzeptionen nicht unbedingt mit den gegenwärtigen Programmen der gleichnamigen Parteien decken). Dazu wurden die Befragten gebeten, idealtypische Aussagen in den Bereichen Alterssicherung, Gesundheit und Arbeitslosenunterstützung zu bewerten (siehe Tabelle A2). Auf dieser Grundlage lässt sich für jede Befragte und jeden Befragten ermitteln, wie vielen der idealtypischen Aussagen einer Wohlfahrtsstaatskonzeption sie oder er zustimmt. Dieser sogenannte Score wurde in der multivariaten Analyse in Tabelle A5 verwendet, um festzustellen, wie sich wohlfahrtsstaatliche Grundpräferenzen auf die Unterstützung der verschiedenen Finanzierungsoptionen auswirken.

⁵ Die Option „höhere Kreditaufnahme des Staates“ wurde von der Analyse ausgeschlossen, da hier die Antworten nur schwach mit den übrigen Variablen korrelierten.

⁶ Häufig ist es zur besseren Interpretierbarkeit der Ergebnisse erforderlich, die ursprüngliche Lösung zu rotieren. Dadurch werden einzelne Variablen eindeutiger einem Faktor zugeordnet. Hierauf wurde im vorliegenden Fall verzichtet, da die ursprüngliche Lösung bereits eine plausible Interpretation hat und die gesellschaftliche Konfliktstruktur einleuchtend abbildet.

Tabelle A2
Messung der Präferenzen für unterschiedliche Wohlfahrtsstaatskonzeptionen

	sozialdemokratische Wohlfahrtsstaatskonzeption	konservative Wohlfahrtsstaatskonzeption	liberale Wohlfahrtsstaatskonzeption
Politikfeld Alterssicherung	„Alle Menschen in Deutschland sollen eine staatliche Grundrente erhalten. Diese Grundrente soll unabhängig vom vorhergehenden Einkommen und der Erwerbstätigkeit sein, also für alle gleich hoch.“	„Die Höhe der Altersrente soll sich vor allem danach richten, wie lange und in welcher Höhe jemand in die gesetzliche Rentenversicherung einbezahlt hat.“	„Der Staat sollte zuallererst dafür sorgen, dass die Menschen ausreichend private Vorsorge für das Alter betreiben können.“
Politikfeld Gesundheit	„Alle Menschen, die in diesem Land leben, sollen den gleichen Anspruch auf medizinische Leistungen und Versorgung haben.“	[keine Aussage]	„Die gesetzliche Krankenversicherung sollte nur absolut notwendige und dringende Gesundheitsleistungen bereitstellen, darüber hinausgehende Leistungen sollen die Menschen über eine private Krankenversicherung absichern.“
Politikfeld Arbeitslosenunterstützung	„Alle Arbeitslosen sollten einen Pauschalbetrag erhalten, unabhängig davon, wie lange sie vorher erwerbstätig waren oder wie viel sie in die gesetzliche Arbeitslosenversicherung einbezahlt haben.“	„Die Höhe des Arbeitslosengelds soll sich ausschließlich danach richten, wie lange und in welcher Höhe ein Arbeitsloser zuvor Beiträge in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt hat.“	„Arbeitslose sollen nur dann Leistungen vom Staat erhalten, wenn sie ihren Lebensunterhalt nicht aus Gespartem oder sonstigen Einnahmen bestreiten können, ihnen Armut droht und sie dies nachweisen können.“
Zahl der Aussagen, den die Befragten durchschnittlich zustimmen	1,69 Aussagen (von drei möglichen Aussagen)	1,55 Aussagen (von zwei möglichen Aussagen)	1,32 Aussagen (von drei möglichen Aussagen)

Frage: „Unabhängig davon, wie die Sozialpolitik in Deutschland derzeit gestaltet ist, haben die Menschen ja unterschiedliche Vorstellungen und Meinungen darüber, wie eine gute Sozialpolitik des Staates letztlich sein sollte. Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von Aussagen vor, wenn Sie mir bitte sagen, ob Sie der jeweiligen Aussage eher zustimmen oder diese eher ablehnen.“

Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ (2015).

B

ANHANG:

Detaillierte Ergebnisse der Regressionsanalysen zur Erklärung von Unterschieden in den Einstellungen zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates

Tabelle A3
Rückführung von Einstellungen zu Finanzierungsoptionen auf sozioökonomische Variablen (OLS-Regression)

	Erhöhung der Einkommensteuer	Erhöhung der Sozialabgaben	Kürzung von Leistungen	Erhöhung der Kreditaufnahme	höhere Steuern für Unternehmen	höhere Steuern auf Vermögen	höhere Erbschaftsteuern	Faktor 1: Ausweitung der Finanzierung	Faktor 2: Belastung von Arbeit oder Kapital
Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage (Referenzkategorie: sehr gut oder gut)									
teils gut/teils schlecht (Dummy)	-0,0209 (-0,41)	0,00144 (0,03)	-0,171*** (-3,79)	-0,0158 (-0,32)	0,0891 (1,56)	-0,00107 (-0,02)	-0,0301 (-0,49)	-0,0136 (-0,22)	0,150* (2,46)
schlecht/sehr schlecht (Dummy)	-0,161 (-1,87)	-0,274*** (-3,36)	-0,345*** (-4,43)	0,131 (1,54)	0,137 (1,38)	0,170 (1,74)	0,0109 (0,11)	-0,0494 (-0,45)	0,493*** (4,49)
subjektive Schichteinstufung (Referenzkategorie: Unterschicht oder Arbeiterschicht)									
Mittelschicht	-0,136** (-2,68)	0,0601 (1,23)	0,0154 (0,34)	0,0364 (0,72)	-0,129* (-2,22)	-0,0908 (-1,57)	0,0581 (0,94)	-0,0966 (-1,54)	-0,0375 (-0,60)
Obere Mittelschicht/ Oberschicht	0,0332 (0,41)	0,165* (2,09)	0,0600 (0,81)	0,0768 (0,95)	-0,121 (-1,30)	-0,166 (-1,78)	0,0778 (0,79)	-0,00921 (-0,09)	-0,244* (-2,46)
Nettohaushaltseinkommen (Referenzkategorie: bis unter 1.000 EUR pro Monat)									
1.000–1.999 EUR	-0,0551 (-0,68)	0,0573 (0,72)	-0,184* (-2,48)	0,0907 (1,11)	-0,127 (-1,35)	-0,0766 (-0,81)	0,171 (1,74)	-0,00731 (-0,07)	0,137 (1,34)
2.000–2.999 EUR	0,0954 (1,09)	0,0180 (0,21)	-0,0796 (-1,01)	0,229** (2,63)	-0,0375 (-0,37)	-0,125 (-1,25)	0,159 (1,51)	0,0631 (0,58)	-0,0265 (-0,24)
3.000–3.999 EUR	-0,00307 (-0,03)	0,0460 (0,50)	-0,199* (-2,35)	0,0814 (0,87)	-0,0313 (-0,29)	-0,171 (-1,58)	0,213 (1,87)	0,0262 (0,22)	0,0643 (0,55)
4.000 EUR und mehr	-0,0992 (-1,01)	0,00942 (0,10)	-0,154 (-1,75)	0,0388 (0,40)	-0,115 (-1,02)	-0,246* (-2,19)	0,0463 (0,39)	-0,118 (-0,98)	0,0210 (0,17)

>

	Erhöhung der Einkommensteuer	Erhöhung der Sozialabgaben	Kürzung von Leistungen	Erhöhung der Kreditaufnahme	höhere Steuern für Unternehmen	höhere Steuern auf Vermögen	höhere Erbschaftsteuern	Faktor 1: Ausweitung der Finanzierung	Faktor 2: Belastung von Arbeit oder Kapital
höchster Schulabschluss (Referenzkategorie: Haupt- oder Volksschulabschluss, kein Abschluss)									
Mittlere Reife/POS	0,0409 (0,77)	-0,172*** (-3,35)	-0,0671 (-1,40)	-0,00659 (-0,12)	-0,0772 (-1,27)	0,288*** (4,75)	0,169** (2,61)	0,104 (1,57)	0,246*** (3,73)
Abitur/EOS	0,109 (1,73)	-0,0544 (-0,90)	-0,175** (-3,10)	0,0148 (0,24)	-0,00556 (-0,08)	0,340*** (4,74)	0,317*** (4,17)	0,244** (3,15)	0,302*** (3,92)
Geschlecht und Alter									
Alter (Logarithmus)	0,237** (3,18)	-0,261*** (-3,59)	-0,238*** (-3,50)	-0,0630 (-0,85)	-0,0714 (-0,84)	0,404*** (4,70)	0,377*** (4,18)	0,329*** (3,54)	0,381*** (4,13)
weiblich	-0,103* (-2,49)	-0,0181 (-0,45)	-0,0493 (-1,32)	0,0674 (1,64)	-0,0769 (-1,63)	-0,0854 (-1,81)	-0,0102 (-0,20)	-0,0968 (-1,91)	0,0280 (0,55)
Familienstand (Referenzkategorie: verheiratet oder eingetragene Lebenspartnerschaft)									
geschieden/getrennt lebend	0,111 (1,58)	-0,0603 (-0,89)	-0,0698 (-1,10)	0,251*** (3,62)	0,159* (1,96)	0,181* (2,27)	0,208* (2,46)	0,206* (2,37)	0,162 (1,87)
ledig	0,146* (2,26)	0,0231 (0,37)	-0,0831 (-1,43)	0,107 (1,69)	0,0700 (0,95)	0,130 (1,77)	0,0780 (1,01)	0,159* (2,01)	-0,00192 (-0,02)
verwitwet	0,0830 (0,99)	0,118 (1,46)	0,214** (2,84)	0,0752 (0,91)	0,000948 (0,01)	-0,0832 (-0,87)	-0,0291 (-0,28)	0,0776 (0,73)	-0,205 (-1,94)
Kinder im Haushalt (Referenzkategorie: keine Kinder im Haushalt)									
Kinder im Haushalt lebend	0,0249 (0,47)	-0,0121 (-0,24)	0,107* (2,26)	0,0230 (0,44)	-0,0411 (-0,68)	0,0770 (1,28)	0,0496 (0,78)	0,0601 (0,95)	-0,0631 (-1,00)
Konstante	1,190*** (3,69)	3,187*** (10,13)	3,077*** (10,44)	1,970*** (6,12)	3,137*** (8,48)	1,357*** (3,65)	0,637 (1,64)	-1,312** (-3,26)	-1,733*** (-4,34)
n =	1686	1692	1667	1679	1659	1689	1671	1557	1557
R ²	0,029	0,039	0,049	0,020	0,021	0,044	0,034	0,025	0,065

Anmerkung: Signifikanz-Niveau * p < 0,05, ** p < 0,01, *** p < 0,001; t-Werte in Klammern. Um die Interpretation der Ergebnisse zu vereinfachen, wurde die Kodierung einzelner Antwortkategorien so angepasst, dass hohe Werte im Allgemeinen für Zustimmung stehen.

Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ (2015).

Tabelle A4

Rückführung von Einstellungen zu Finanzierungsoptionen auf politische Variablen (OLS-Regression)

	Erhöhung der Einkommensteuer	Erhöhung der Sozialabgaben	Kürzung von Leistungen	Erhöhung der Kreditaufnahme	höhere Steuern für Unternehmen	höhere Steuern auf Vermögen	höhere Erbschaftsteuern	Faktor 1: Ausweitung der Finanzierung	Faktor 2: Belastung von Arbeit oder Kapital
Parteipräferenzen (hohe Werte: hohe Wahrscheinlichkeit, eine Partei zu wählen)									
CDU	0,00956 (1,19)	0,00580 (0,73)	0,0336*** (4,59)	0,00326 (0,41)	-0,00518 (-0,58)	-0,00425 (-0,48)	-0,00424 (-0,43)	0,00184 (0,19)	-0,0326** (-3,29)
CSU	-0,00433 (-0,56)	0,00344 (0,45)	-0,00296 (-0,42)	-0,0140 (-1,84)	-0,00830 (-0,96)	-0,0294*** (-3,44)	-0,0136 (-1,44)	-0,0157 (-1,75)	-0,0150 (-1,59)
SPD	0,0235** (3,06)	0,00329 (0,43)	0,00228 (0,32)	0,0102 (1,35)	0,0315*** (3,65)	0,0465*** (5,46)	0,0394*** (4,22)	0,0531*** (5,89)	0,0106 (1,12)
FDP	-0,0228** (-2,79)	0,00896 (1,11)	0,0252*** (3,35)	-0,000757 (-0,09)	-0,0474*** (-5,15)	-0,0584*** (-6,42)	-0,0390*** (-3,92)	-0,0574*** (-6,01)	-0,0413*** (-4,14)
Linke	0,0138 (1,85)	0,000547 (0,07)	0,00314 (0,46)	0,0309*** (4,18)	0,0162 (1,93)	0,0426*** (5,13)	0,0436*** (4,79)	0,0418*** (4,75)	0,0203* (2,20)
Grüne	0,0351*** (4,71)	0,0343*** (4,68)	-0,00476 (-0,70)	0,00808 (1,10)	0,00934 (1,12)	-0,00659 (-0,80)	0,0204* (2,26)	0,0303*** (3,47)	-0,0270** (-2,96)
AfD	-0,0124 (-1,57)	-0,0229** (-2,95)	0,00645 (0,90)	0,00413 (0,53)	0,0143 (1,62)	-0,00172 (-0,20)	-0,0213* (-2,22)	-0,00923 (-1,01)	0,0134 (1,40)
andere politische Orientierungen									
politisches Interesse (hohe Werte: starkes Interesse)	0,0635** (3,02)	-0,0237 (-1,14)	-0,0241 (-1,24)	0,0179 (0,86)	0,0439 (1,85)	0,0339 (1,45)	0,105*** (4,07)	0,0923*** (3,70)	0,0467 (1,79)
Links-rechts-Selbsteinstufung (hohe Werte: rechts)	0,00551 (0,46)	0,000983 (0,08)	0,0234* (2,13)	-0,0226 (-1,90)	-0,0632*** (-4,70)	-0,0316* (-2,37)	-0,0113 (-0,77)	-0,0352* (-2,51)	-0,0357* (-2,43)
Konstante	1,514*** (12,76)	1,996*** (17,17)	1,555*** (14,31)	1,841*** (15,82)	2,750*** (20,58)	3,007*** (22,88)	1,980*** (13,72)	-0,438** (-3,10)	0,401** (2,71)
n =	1779	1786	1755	1772	1748	1779	1759	1652	1652
R ²	0,059	0,034	0,049	0,037	0,079	0,128	0,099	0,156	0,078

Anmerkung: Signifikanz-Niveau * p < 0,05, ** p < 0,01, *** p < 0,001; t-Werte in Klammern. Um die Interpretation der Ergebnisse zu vereinfachen, wurde die Kodierung einzelner Antwortkategorien so angepasst, dass hohe Werte im Allgemeinen für Zustimmung stehen.

Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ (2015).

Tabelle A5
Rückführung von Einstellungen zu Finanzierungsoptionen auf Unterstützung des Wohlfahrtsstaates (OLS-Regression)

	Erhöhung der Einkommensteuer	Erhöhung der Sozialabgaben	Kürzung von Leistungen	Erhöhung der Kreditaufnahme	höhere Steuern für Unternehmen	höhere Steuern auf Vermögen	höhere Erbschaftsteuern	Faktor 1: Ausweitung der Finanzierung	Faktor 2: Belastung von Arbeit oder Kapital
Unterstützung von Wohlfahrtsstaatskonzepten (hohe Werte: Zustimmung)									
sozialdemokratische Wohlfahrtsstaatskonzepte	0,0633 (1,90)	0,0512 (1,58)	0,0183 (0,62)	0,102** (3,14)	0,00547 (0,15)	0,0775* (2,01)	0,0715 (1,78)	0,0790* (1,99)	-0,0349 (-0,86)
konservative Wohlfahrtsstaatskonzepte	-0,000739 (-0,02)	-0,127** (-3,28)	0,0583 (1,66)	-0,0568 (-1,47)	-0,0229 (-0,52)	-0,0356 (-0,77)	0,0244 (0,51)	-0,0451 (-0,96)	0,0314 (0,65)
liberale Wohlfahrtsstaatskonzepte	0,0192 (0,63)	0,120*** (4,03)	0,148*** (5,46)	-0,0336 (-1,13)	-0,102** (-3,02)	-0,152*** (-4,27)	-0,124*** (-3,37)	-0,0910* (-2,52)	-0,287*** (-7,81)
Staatsaufgaben (hohe Werte: Staat sollte für Aufgabe verantwortlich sein)									
gesundheitliche Versorgung	-0,114* (-2,30)	-0,00856 (-0,18)	-0,126** (-2,89)	-0,111* (-2,32)	-0,0991 (-1,82)	-0,0965 (-1,68)	-0,0334 (-0,56)	-0,142* (-2,42)	0,102 (1,70)
Alterssicherung	-0,0883 (-1,81)	0,0361 (0,77)	0,0143 (0,33)	0,0264 (0,56)	0,0632 (1,18)	-0,0283 (-0,50)	-0,230*** (-3,94)	-0,105 (-1,84)	-0,0328 (-0,56)
Lebensstandard von Arbeitslosen sichern	0,0949** (2,66)	0,0106 (0,31)	-0,0851** (-2,71)	-0,0605 (-1,75)	-0,00810 (-0,21)	-0,0468 (-1,14)	-0,00937 (-0,22)	0,0181 (0,43)	-0,00769 (-0,18)
Arbeitslosen berufliche Perspektive ermöglichen	-0,0379 (-0,97)	-0,115** (-3,03)	-0,134*** (-3,89)	-0,0201 (-0,53)	0,0338 (0,79)	0,0396 (0,88)	0,148** (3,16)	0,0341 (0,74)	0,237*** (5,09)
Einkommensunterschiede abbauen	0,159*** (5,26)	0,0170 (0,58)	0,0159 (0,60)	0,111*** (3,80)	0,202*** (6,08)	0,259*** (7,43)	0,211*** (5,83)	0,306*** (8,57)	0,0734* (2,02)
existenzsichernde Berufstätigkeit von Frauen fördern	-0,0813* (-2,22)	-0,0351 (-0,99)	-0,0362 (-1,12)	0,0132 (0,37)	0,117** (2,89)	-0,00378 (-0,09)	-0,0111 (-0,25)	-0,0147 (-0,34)	0,0977* (2,22)
Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern	0,00437 (0,11)	0,0668 (1,76)	0,0118 (0,34)	-0,0152 (-0,40)	-0,0386 (-0,90)	0,0312 (0,69)	0,0432 (0,91)	0,0329 (0,71)	-0,0467 (-1,00)
Performanz des Wohlfahrtsstaates: eigene Absicherung in verschiedenen Lebenssituationen (hohe Werte: gute Absicherung)									
Krankheit	0,0409 (0,95)	0,101* (2,42)	0,0600 (1,58)	0,110** (2,63)	0,00987 (0,21)	0,0612 (1,23)	0,0175 (0,34)	0,0634 (1,25)	-0,110* (-2,14)
Einkommen im Alter	-0,0167 (-0,40)	0,0547 (1,35)	0,106** (2,89)	-0,0120 (-0,30)	0,00391 (0,09)	-0,0300 (-0,62)	0,101* (2,00)	0,0402 (0,82)	-0,106* (-2,12)
Arbeitslosigkeit	-0,0615 (-1,42)	0,0335 (0,80)	-0,0503 (-1,32)	0,0115 (0,27)	0,0767 (1,61)	0,0368 (0,73)	-0,0648 (-1,24)	-0,0160 (-0,31)	0,0572 (1,10)
Pflegebedürftigkeit	0,00756 (0,17)	-0,115** (-2,70)	0,0575 (1,49)	0,0175 (0,41)	-0,0659 (-1,37)	-0,0502 (-0,99)	-0,0706 (-1,34)	-0,0807 (-1,57)	0,000292 (0,01)
Trennung/Tod des Partners bzw. der Partnerin	0,0482 (1,21)	0,0682 (1,77)	-0,0435 (-1,24)	-0,0770* (-1,99)	-0,00940 (-0,21)	-0,0550 (-1,19)	0,0767 (1,60)	0,0393 (0,84)	-0,0353 (-0,74)
Konstante	2,173*** (8,52)	1,863*** (7,55)	2,487*** (11,09)	2,039*** (8,28)	1,945*** (6,96)	2,637*** (8,95)	2,022*** (6,59)	-0,380 (-1,26)	-0,658* (-2,15)
n =	1081	1084	1074	1075	1073	1082	1070	1045	1045
R ²	0,057	0,059	0,105	0,050	0,078	0,099	0,079	0,109	0,130

Anmerkung: Signifikanz-Niveau * p < 0,05, ** p < 0,01, *** p < 0,001; t-Werte in Klammern. Um die Interpretation der Ergebnisse zu vereinfachen, wurde die Kodierung einzelner Antwortkategorien so angepasst, dass hohe Werte im Allgemeinen für Zustimmung stehen.

Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ (2015).

Tabelle A6

Rückführung von Einstellungen zu Finanzierungsoptionen auf Einschätzungen von Mitteln und Problemfeldern (OLS-Regression)

	Erhöhung der Einkommensteuer	Erhöhung der Sozialabgaben	Kürzung von Leistungen	Erhöhung der Kreditaufnahme	höhere Steuern für Unternehmen	höhere Steuern auf Vermögen	höhere Erbschaftsteuern	Faktor 1: Ausweitung der Finanzierung	Faktor 2: Belastung von Arbeit oder Kapital
Einschätzung sozialer Unterschiede (hohe Werte: Zustimmung zu einer Aussage)									
Ungleichheit ist zu groß	0,0666* (2,31)	-0,0138 (-0,49)	-0,0183 (-0,69)	-0,0256 (-0,91)	0,0958** (3,08)	0,251*** (7,79)	0,152*** (4,30)	0,188*** (5,57)	0,0945** (2,65)
Ungleichheit schadet der wirtschaftlichen Entwicklung	0,0154 (0,60)	0,00564 (0,22)	-0,0169 (-0,72)	0,0268 (1,07)	0,0943*** (3,40)	0,0576* (2,02)	-0,0210 (-0,67)	0,0635* (2,10)	0,0410 (1,29)
Sozialstaat führt zu mehr Gleichheit	0,102*** (4,32)	0,0237 (1,03)	-0,0238 (-1,09)	0,0437 (1,91)	0,0324 (1,27)	0,0122 (0,46)	0,105*** (3,68)	0,111*** (3,94)	0,00517 (0,17)
Ziele der Familien- und Gleichstellungspolitik (hohe Werte: Zustimmung zu einem Ziel)									
gleicher Lohn für Frauen bei gleichwertiger Arbeit	0,0107 (0,41)	0,0119 (0,46)	-0,00977 (-0,41)	0,0119 (0,47)	0,0227 (0,79)	-0,0376 (-1,28)	0,0490 (1,53)	0,00121 (0,04)	0,0153 (0,47)
gute Kinderbetreuungsmöglichkeiten	-0,0428 (-1,43)	0,000523 (0,02)	-0,0256 (v0,94)	0,0888** (3,11)	-0,00482 (-0,15)	-0,0238 (-0,72)	-0,0352 (-0,98)	-0,0138 (-0,39)	0,0205 (0,55)
kostenlose Kinderbetreuungsmöglichkeiten	0,0198 (0,78)	-0,0462 (-1,85)	0,0124 (0,53)	0,0507* (2,05)	0,0593* (2,15)	-0,000767 (-0,03)	-0,0170 (-0,55)	0,000123 (0,00)	0,0236 (0,76)
Beteiligung von Vätern an der Kinderbetreuung	-0,00320 (v0,12)	0,0636* (2,40)	0,0109 (0,44)	0,0669* (2,56)	0,0934** (3,20)	0,0306 (1,01)	0,0117 (0,36)	0,0621* (1,97)	-0,0462 (-1,39)
Künftige Schwerpunkte (hohe Werte: Zustimmung zu einem Schwerpunkt)									
Berufsausbildung	-0,0415 (-1,19)	-0,0186 (-0,54)	-0,0681* (-2,13)	-0,0561 (-1,65)	-0,0706 (-1,88)	-0,0476 (-1,23)	-0,0213 (-0,49)	-0,0620 (-1,52)	0,0447 (1,04)
Abbau von Einkommensunterschieden	0,100*** (4,15)	0,0226 (0,95)	-0,0102 (-0,46)	0,0164 (0,70)	0,226*** (8,63)	0,188*** (6,97)	0,153*** (5,17)	0,245*** (8,58)	0,0629* (2,09)
Förderung von Familien mit Kindern	0,0740* (2,19)	0,0437 (1,32)	-0,0118 (-0,37)	0,0531 (1,60)	0,0527 (1,43)	0,00726 (0,19)	0,0428 (1,04)	0,0833* (2,06)	-0,0343 (-0,81)
Absicherung von Eltern, die Berufstätigkeit reduzieren	0,00247 (0,08)	0,0955** (3,10)	0,00251 (0,09)	0,0000857 (0,00)	-0,0463 (-1,35)	0,0346 (0,99)	-0,0502 (-1,31)	-0,0157 (-0,42)	-0,0716 (-1,83)
Absicherung von Menschen, die ein Familienmitglied pflegen	-0,0760 (-1,92)	-0,138*** (-3,56)	-0,0680 (-1,87)	-0,0535 (-1,25)	0,0439 (1,85)	0,0339 (1,45)	0,105*** (4,07)	0,0923*** (3,70)	0,0467 (1,79)
Anrechnung von Kindererziehung und Pflege bei Sozialleistungen	0,0225 (0,59)	-0,0167 (-0,45)	0,0248 (0,70)	0,0174 (0,47)	-0,0151 (-0,36)	-0,0502 (-1,17)	-0,0768 (-1,65)	-0,0844 (-1,85)	-0,0385 (-0,80)
Konstante	1,310*** (6,93)	2,090*** (11,26)	2,587*** (14,87)	1,023*** (5,59)	1,184*** (5,79)	1,469*** (6,96)	1,655*** (7,17)	-1,641*** (-7,39)	-1,033*** (-4,41)
n =	1756	1766	1745	1751	1737	1757	1743	1659	1659
R ²	0,046	0,024	0,012	0,038	0,125	0,123	0,057	0,143	0,033

Anmerkung: Signifikanz-Niveau * p < 0,05, ** p < 0,01, *** p < 0,001; t-Werte in Klammern. Um die Interpretation der Ergebnisse zu vereinfachen, wurde die Kodierung einzelner Antwortkategorien so angepasst, dass hohe Werte im Allgemeinen für Zustimmung stehen.

Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ (2015).

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

- 11 Tabelle 1
Höhere Steuern auf Vermögen finden auch unter Unionswähler_innen eine Mehrheit
- 22 Tabelle A1
Faktorenanalyse der Zustimmung zu einzelnen Finanzierungsoptionen
- 24 Tabelle A2
Messung der Präferenzen für unterschiedliche Wohlfahrtsstaatskonzeptionen
- 25 Tabelle A3
Rückführung von Einstellungen zu Finanzierungsoptionen auf sozioökonomische Variablen (OLS-Regression)
- 27 Tabelle A4
Rückführung von Einstellungen zu Finanzierungsoptionen auf politische Variablen (OLS-Regression)
- 28 Tabelle A5
Rückführung von Einstellungen zu Finanzierungsoptionen auf Unterstützung des Wohlfahrtsstaates (OLS-Regression)
- 29 Tabelle A6
Rückführung von Einstellungen zu Finanzierungsoptionen auf Einschätzungen von Mitteln und Problemfeldern (OLS-Regression)
- 8 Abbildung 1
Nur höhere Steuern auf Vermögen und für Unternehmen finden eine Mehrheit
- 10 Abbildung 2
Einstellungen der Wähler_innen decken sich mit Programmatik der Parteien

Literaturverzeichnis

- Albig, Hanne; Clemens, Marius; Fichtner, Ferdinand; Gebauer, Stefan; Junker, Simon; Kholodilin, Konstantin 2017: Wie steigende Einkommensungleichheit das Wirtschaftswachstum in Deutschland beeinflusst, *DIW Wochenbericht* 10 (2017), S. 159–168.
- Andreß, Hans-Jürgen; Heien, Thorsten; Hofäcker, Dirk 2001: Wozu brauchen wir noch den Sozialstaat? Der deutsche Sozialstaat im Urteil seiner Bürger, Opladen.
- Atkinson, Anthony B. 2015: *Inequality: What Can Be Done?*, Cambridge, MA.
- Bach, Stefan; Thiemann, Andreas 2016: Hohes Aufkommenspotential bei Wiedererhebung der Vermögensteuer, *DIW Wochenbericht* 4 (2016), S. 79–89.
- Bandau, Frank 2015: Wohlfahrtsstaatliche Strukturen und Parteieneffekte: Eine vergleichende Analyse sozialpolitischer Konfliktmuster in Großbritannien, Schweden und Deutschland, Baden-Baden.
- Blyth, Mark 2016a: After the Brits Have Gone and the Trumpets Have Sounded: Turning a Drama into a Crisis That Will Not Go to Waste, in: *Inter-economics* 51 (6), S. 324–331.
- Blyth, Mark 2016b: Global Trumpism: Why Trump's Victory Was 30 Years in the Making and Why It Won't Stop Here, in: *Foreign Affairs*, <https://www.foreignaffairs.com/articles/2016-11-15/global-trumpism> (10.5.2017).
- Bormann, René; Binding, Lothar; Henn, Markus; Kiziltepe, Cansel; Kühl, Carsten; Lehmann, Manfred; Truger, Achim 2017: Gestaltende Finanzpolitik: Handlungsfähigkeit sichern, soziale Gerechtigkeit stärken, wirtschaftliche Leistungspotenziale fördern, Bonn.
- Christensen, Eva 2007: Einstellungen zum Sozialstaatsabbau: Erwartungen der Bürger – Handlungsoptionen der Politik, in: *Forschungsjournal NSB* 20 (4), S. 72–86.
- Chwalisz, Claudia; Diamond, Patrick 2015: Predistribution: A New Governing Prospectus for the Centre-left, in: Chwalisz, Claudia; Diamond, Patrick (Hrsg.): *The Predistribution Agenda: Tackling Inequality and Supporting Sustainable Growth*, London und New York, S. 1–21.
- Esping-Andersen, Gøsta 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Princeton.
- Gangl, Markus 1997: Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat in den alten und neuen Bundesländern, in: Müller, Walter (Hrsg.): *Soziale Ungleichheit: Neue Befunde zu Strukturen, Bewußtsein und Politik*, Opladen, S. 169–204.
- Godar, Sarah; Paetz, Christoph; Truger, Achim 2015: Spielräume für eine gerechtere Steuerpolitik in den OECD-Ländern, in: *WSI-Mitteilungen* 4 (2015), S. 263–271.
- Häusermann, Silja 2012: The Politics of Old and New Social Policies, in: Bonoli, Giuliano; Natali, David (Hrsg.): *The Politics of the New Welfare State*, Oxford, S. 111–132.
- Heinrich, Roberto; Jochem, Sven; Siegel, Nico A. 2016: Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates: Einstellungen zur Reformpolitik in Deutschland, Bonn.
- Hicks, Alexander; Swank, Duane H. 1984: Governmental Redistribution in Rich Capitalist Democracies, in: *Policy Studies Journal* 13 (2), S. 265–286.
- Hörisch, Felix; Punstein, Joost 2014: Die absurden Effekte des deutschen Sozialsystems, in: *Berliner Republik*, <http://www.b-republik.de/archiv/die-absurden-effekte-des-deutschen-sozialsystems?aut=1074> (10.5.2017).
- Kangas, Olli; Niemelä, Mikko; Varjonen, Sampo 2014: When and Why Do Ideas Matter? The Influence of Framing on Opinion Formation and Policy Change, in: *European Political Science Review* 6 (1), S. 73–92.
- Kohl, Jürgen 2016: *Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates: Hohe Verantwortung, verlorenes Vertrauen?*, Bonn.
- Korpi, Walter; Palme, Joakim 1998: The Paradox of Redistribution and Strategies of Equality: Welfare State Institutions, Inequality, and Poverty in the Western Countries, in: *American Sociological Review* 63 (5), S. 661–687.
- Lübker, Malte 2007: Inequality and the Demand for Redistribution: Are the Assumptions of the New Growth Theory Valid?, in: *Socio-Economic Review* 5 (1), S. 117–148.
- Lübker, Malte 2014: Income Inequality, Redistribution, and Poverty: Contrasting Rational Choice and Behavioral Perspectives, in: *Review of Income and Wealth* 60 (1), S. 133–154.
- Marx, Paul; Schumacher, Gijs 2016: The Effect of Economic Change and Elite Framing on Support for Welfare State Retrenchment: A Survey Experiment, in: *Journal of European Social Policy* 26 (1), S. 20–31.
- Mau, Steffen; Heuer, Jan-Ocko 2016: Wachsende Ungleichheit als Gefahr für nachhaltiges Wachstum: Wie die Bevölkerung über soziale Unterschiede denkt, Bonn.
- Nüchter, Oliver; Bieräugel, Roland; Glatzer, Wolfgang; Schmid, Alfons 2010: *Der Sozialstaat im Urteil der Bevölkerung*, Opladen.
- OECD 2015a: *In It Together: Why Less Inequality Benefits All*, Paris.
- OECD 2015b: *Revenue Statistics 1965–2014*, Paris.
- Ostry, Jonathan D.; Berg, Andrew; Tsangarides, Charalambos G. 2014: *Redistribution, Inequality, and Growth*, Washington, D.C.
- Rixen, Thomas 2011: Tax Competition and Inequality: The Case for Global Tax Governance, in: *Global Governance* 17 (4), S. 447–467.
- Rixen, Thomas 2014: Internationale Steuerflucht und schädlicher Steuerwettbewerb, in: *Politische Bildung* 47 (4), S. 34–54.
- Rixen, Thomas; Uhl, Susanne 2011: Unternehmensbesteuerung europäisch harmonisieren! Was zur Eindämmung des Steuerwettbewerbs in der EU nötig ist, Bonn.
- Roller, Edeltraud 1996: Kürzungen von Sozialleistungen aus Sicht der Bundesbürger, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 42, S. 777–788.
- Schäfer, Armin 2015: Der Verlust politischer Gleichheit: Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt am Main.
- Trüdinger, Eva-Maria 2011: Reformszenarien im deutschen Wohlfahrtsstaat aus Sicht der Bevölkerung: Wertvorstellungen als Reformkorridor?, Baden-Baden.
- Ullrich, Carsten G. 2008: Die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates: Präferenzen, Konflikte, Deutungsmuster, Wiesbaden.
- Treec, Till van 2015: Schadet eine ungleiche Einkommensverteilung der Wirtschaft?, *WISO Direkt* 36 (2015), Bonn.
- Wilkinson, Richard G.; Pickett, Kate 2010: *Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*, Berlin.

Impressum:

© 2017

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeberin: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Fax 0228 883-9202, 030 26935-9229

www.fes.de/wiso

Bestellungen/Kontakt: wiso-news@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ISBN: 978-3-95861-828-2

Titelmotiv: © Jens Gyarmaty/VISUM

Gestaltung: www.stetzer.net

Druck: www.bub-bonn.de

